

Ulrich Knöfler

*Bergbau in Mecklenburg-  
Vorpommern seit 1817-  
Bergämter seit 1900*

## 125 Jahre Bergämter in Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahr 2025 wird das 125. Gründungsjahr des Großherzoglichen Bergamtes Hagenow begangen.

Die Gründung des ersten Bergamtes im heutigem Mecklenburg-Vorpommern erfolgte durch Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg im Jahr 1900 und war durch den Beginn der bergmännischen Gewinnung von Kalisalzen im Raum Lübtheen - Jessenitz – Cönow (Süd-West Mecklenburg) erforderlich.

Als gesetzliche Grundlage war die Anwendung der preußischen bergrechtlichen Gesetze und Verordnungen vom Großherzog angeordnet, die damals sehr fortschrittlich waren.

Bereits 1817 begannen auf Empfehlung der Großherzoglichen Kammer zu Schwerin die geologischen Erkundungen unter Führung von Bergleuten aus Helmstedt, die erfolgreich waren.

Das aufstrebende Handwerk und die Industrieentwicklung gingen auch in den Provinzen Mecklenburg, Pommern und Preußen mit Nutzung der geologischen Ressourcen einher. Ton, Torf, Kreide und Kiessand waren oberflächennahe Rohstoffe, die aber entscheidend die Entwicklung der Regionen bestimmten und nach den Grundbesitzansprüchen geregelt waren.

Die Gewinnung von Kalisalz und Braunkohle war wesentlich schwieriger und erforderte den Zugriff auf Bodenschätze nach bergrechtlichen Bestimmungen und geologischen Vorgaben.

Die Bergämter wurden im Laufe der 125 Jahre mit vielfältigen Änderungen ihrer Aufgaben konfrontiert, die teils aus gesellschaftlichen Umbrüchen aber auch aus wirtschaftlichen Gründen eintraten.

Der Standort des Großherzoglichen Bergamtes wurde bereits 1910 den objektiven Erfordernissen angepasst, als die Verlegung von Hagenow nach Lübtheen erfolgte. Gesellschaftliche Veränderungen erforderten weitere Verlegungen der Bergverwaltungen in den Jahren 1921 nach Schwerin, 1934 nach Halle/S., 1943 nach Magdeburg, 1944 nach Staßfurt infolge von heftigen Bombenangriffen auf Magdeburg.

Der Stralsunder Standort kam bereits 1963 in Form einer Außenstelle der Bergbehörde Staßfurt zum Tragen, als bedeutsame Erdölfunde im Ostseebezirk Rostock ab 1961 gemacht wurden.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 vollzogen sich enorme gesellschaftliche Veränderungen, die zur Neugründung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und auch zur Gründung des Bergamtes Stralsund führten.

Der Verkauf von ehemaligem DDR-Staatseigentum durch die Treuhandanstalt Berlin, die umfangreichen Privatisierungen der vorhandenen Bergbaubetriebe und geologischen Ressourcen, der hohe Bedarf von Erdenrohstoffen für den Neuaufbau der Infrastruktur und Entwicklung der Kommunen, waren nach 1990 eine gewaltige Herausforderung für die neu gegründete Bergverwaltung in M-V.

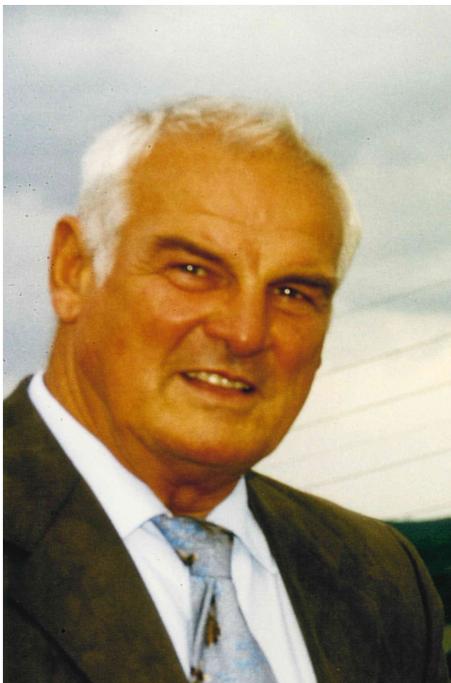
Es gab den traditionellen Abbau an Steine und Erden an hunderten Standorten im Land, die Bereiche Erdöl- und Erdgasgewinnung, den Erdgasspeicherbau, die Geothermienutzung und den Pipelinebau in der Ostsee und Gasleitungsbau am Festland. Diese

Fachbereiche waren dringend für volkswirtschaftliche Belange nach Bergrecht und Energierrecht zu bearbeiten und mit komplizierten Genehmigungsverfahren verbunden.

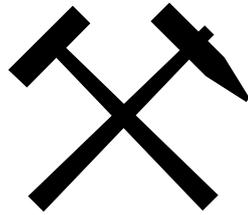
Dies alles wird in diesem Fachbeitrag zum Bergbau und zur Bergverwaltung im heutigem Mecklenburg-Vorpommern anlässlich des 125. Jubiläums der Bergämter beschrieben und damit auch die bergbaulichen Aktivitäten und Traditionen in bestimmten Revieren dargestellt.

Die Bergleute haben in segenreicher Verbindung mit Geologen, Ingenieuren, Fachspezialisten, vielen Unternehmern sowie mit den Bergämtern einen wichtigen Anteil bei der Bereitstellung und Verarbeitung von Bodenschätzen geleistet.

**Dafür gebührt allen Bergbaubeteiligten höchste Anerkennung und Respekt sowie ein herzliches Glückauf!**



Ulrich Knöfler, ehem. Leiter des Bergamtes Stralsund



Ab 1817 Bergbau und seit 1900 Bergbehörden  
in Mecklenburg-Vorpommern

Hagenow



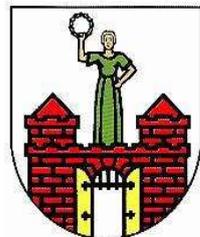
Lübtheen



Schwerin



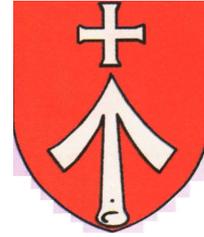
Halle



Magdeburg



Staßfurt



Stralsund

Standorte der Bergverwaltung

Quelle: Festschrift des Bergamtes Stralsund „100 Jahre Bergbehörden in Mecklenburg-Vorpommern 1900-2000“

## **Ab 1817 Bergbau und ab 1900 Bergaufsicht im heutigen M-V**

Der Bergbau im heutigen Bundesland Mecklenburg - Vorpommern beruht auf interessanten historischen Entwicklungen, die nachfolgend behandelt werden.

Bergbau kann in Deutschland seit dem 8. bis 10. Jahrhundert nachgewiesen werden. Die Ottonen machten den Harz zum Zentrum der Silbergewinnung und der Metallnutzung. Nachfolgend entstanden Zentren für den Silber- und Erzbergbau in Sachsen, Mansfeld, Böhmen, Bayern und Tirol.

Das Freiburger Bergrecht fand seine Niederschrift 1307 und wurde sehr lange in Europa angewandt. Nach vorübergehendem Niedergang des Silber- und Erzbergbaus bis ins 15. Jahrhundert gab es mit der Erfindung der bergbaulichen Wasserkunst und des Schwarzpulvers die Übergangsphase zum Tiefbau und Zechenbetrieb.

1542 wurde das Oberbergamt Freiberg gegründet, und stellt heute das älteste Bergamt in Europa dar. Das Oberbergamt und der sich schnell entwickelnde Erzbergbau waren Triebkräfte für die im Jahr 1765 erfolgte Gründung der ersten Hochschule der Welt für Montanwissenschaften, der Bergakademie Freiberg.

Die enge Verbindung von Geologie und Bergbau ist z. B. mit den Namen Georgius Agricola (1494 – 1555) in Deutschland sowie William Smith (1769 - 1839) in England verknüpft. Agricolas mehrbändiges wissenschaftliches Hauptwerk „De Re Metallica“ behandelt umfassend den mittelalterlichen Bergbau in den sächsischen Erzlagerstätten. William Smith, in der Geologie auch als „Schichten-Smith“ ein Begriff, schuf 1815 die erste geologische Karte von Großbritannien.

Die erfolgreiche Industrieentwicklung im 17./18. Jahrhundert in England wurde auch in Deutschland wirksam und führte an geeigneten Standorten zur Erschließung und Erweiterung von Bergwerken, zur Nutzung der Wasserkraft im Bergbau und zur Lastenhebung aus den Schächten und Stollen. Kohlefunde im 17. Jahrhundert und Salzfunde um 1850 in Deutschland und daraus resultierende epochale Erfindungen, Technologien, Werkstoffe und Verkehre durch Eisenbahnen veränderten erheblich Deutschland, Europa, Amerika und die Welt. Die Dampfmaschine und die Elektrifizierung waren geniale Erfindungen. Der Bergbau erlebte hohen Zuspruch und sorgte für Rohstoffe zur Weiterverarbeitung und massenhafte Anwendungen.

## **Die Anwendung im Großherzogtum Mecklenburg- Schwerin**

Diese Entwicklung fand auch beim Großherzog Friedrich-Franz I von Mecklenburg - Schwerin und der Großherzoglichen Kammer im 18. Jahrhundert reges Interesse. Der Geologe Carl Zintgraff fand 1790 bei beauftragten geologischen Untersuchungen im Raum Bockup erste Hinweise auf Braunkohle, wenn auch nicht in abbauwürdigen Dimensionen.

1817 beschloss die Großherzogliche Kammer, die Gebiete Bockup, Conow und Malliß durch den Steiger Mengebier aus Helmstedt erkunden zu lassen, was mit dem Nachweis von 1,10 m bis 1,70 m mächtige Braunkohlenflöze in Teufen zwischen 3 m bis 36 m beendet wurde.

Nachfolgend wurde befristet, mit dreimaligen Unterbrechungen über jeweils Jahrzehnte, erfolgreich Braunkohle von 1830 bis 1960 gewonnen und vermarktet.

„Der Mallißer Braunkohlenbergbau“ wurde von Dr. Günter Pinzke in seinem Buch (2015) sehr umfänglich dargestellt.

## Die Gründung der Bergverwaltung im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin



Die Gründung des Großherzoglichen Bergamtes Hagenow erfolgte am 22. Juni 1900. Der Großherzog Johann Albrecht zu Schwerin verordnete die bergbehördliche Aufsicht des Salzbergbaus durch das neu gegründete Großherzogliche Bergamt zu Hagenow. Am 26. Juni 1900 wurde im Regierungsblatt für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin Nr. 22 die „Verordnung betreffend den Betrieb und die Beaufsichtigung des Salz-Bergbaus“ verkündet. Die am 1. Juli 1900 in Kraft getretene Verordnung enthielt vorwiegend bergpolizeiliche Vorschriften.

Zum Vorstand des Bergamtes Hagenow wurde Ludwig von Lehsten (altes Mecklenburger Adelsgeschlecht) bestimmt. Er wurde 1899 zum Drost (Amtshauptmann) bestellt und 1900 erster Bergbeamter zur Beaufsichtigung des Kalibergbaus.

Eine besonders aktive Rolle zur Umsetzung der bergmännischen Aufgaben, der Organisation und der Vermarktung nahm der Bergdirektor Nettekoven ein. Als Bergrat beginnend, hat er die gesamte Entwicklung des Schachtverteufens, der Schachterschließung, der Produktionsaufbereitung und der Schachtaufsicht der Kaliwerke wahrgenommen. Er war auch bei allen repräsentativen Aufgaben - u.a. Besuch der Schachtanlagen durch den Großherzog oder Schachtweihen sowie bei technischen Weiterentwicklungen - die entscheidende Führungskraft. Hierzu gehörte auch die erstmalige industrielle Anwendung des Schachtgefrierverfahrens von Ingenieur Friedrich Hermann Poetsch im Jahr 1896 zur Beherrschung der Lockergesteins- und Wasserzutrittsproblematik beim Verteufen der Schächte.

Die Gründung des Großherzoglichen Bergamtes in Hagenow wurde im Dominialamt Hagenow vollzogen. Das Gebäude ist noch in Nutzung und befindet sich in der Ham-

burger Straße 9. Überwiegend hat das Allgemeine preußische Berggesetz in der Fassung vom 24. Juni 1892 als Grundlage für Genehmigungen und Zulassungen bergbaulicher Aktivitäten gedient. Die Obliegenheiten eines technischen Beirates wurden dem königlichen Preußischen Bergrat, Herrn Abich zu Magdeburg, übertragen.

Am 1. Juli 1910 wurde das Bergamt von Hagenow nach Lübtheen verlegt. Als technischer Beirat wurde der preußische Bergrat, Prof. Dr. Tübben, bestellt, der an der preußischen Bergakademie Berlin lehrte. Vorstand des Kali- und Steinsalzbergwerkes Conow der Gewerkschaft Conow war der Bergrat Leo Loewe. Der Schacht Conow wurde in Rekordzeit von 1912 bis 1914 verteuft und bis zum Jahr 1926 betrieben. Es entwickelte sich ein Lebensweg der hiesigen Bergverwaltung, der sehr verbunden war mit der Industriegründerzeit in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert aber auch mit sporadischen Entwicklungen bergbaulicher Aktivitäten.

## **Die Geburt des Bergbaus im Jahr 1817 im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin**

Nachdem der Steiger Mengebier bei seinen geologischen Erkundungen im Jahr 1817 sehr erfolgreich war, begannen die Vorbereitungen für die Braunkohlengewinnung in Südwest Mecklenburg.

Bis 1830 wurde das untertägige Streckennetz aufgefahren und ein Verbund der beiden Schächte zur „Friedrich-Franz-Zeche“ erbracht und es begann die 1. Abbauperiode.

Es konnte jedoch nur ein geringer Verkauf der Braunkohle erreicht werden. Die geringe Nachfrage und geringer Absatz der Braunkohle führte 1838 zur ersten Unterbrechung der Braunkohlengewinnung in Südwest Mecklenburg.

Die 2. Abbauperiode umfasst den Zeitraum 1851 bis 1908 und wurde im Ober- und Unterflöz des Friedrich-Franz-Feldes, des Marienstollen-Feldes sowie des Conow-Feldes durchgeführt. Der Abbau der Braunkohle war mit der stürmischen Entwicklung des Steinkohlenbergbaus an der Saar, Ruhr und in Schlesien und den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht konkurrenzfähig und es folgte die zweite Unterbrechung der Braunkohlengewinnung.

Die Auslösung des 1. Weltkrieges setzte andere Prioritäten, die sich jedoch nach der Niederlage des deutschen Kaiserreiches 1918 und den Friedensbedingungen der Siegerstaaten, Europa und Deutschland erheblich veränderten.

Gebietsabtretungen, Reparationsleistungen, Revolutionen in mehreren Ländern, Enteignungen, Not und Elend sorgten für gravierende gesellschaftliche Umbrüche.

Jetzt wurde alles, was zur Gewährleistung des Lebens und von Minimalansprüchen beitragen konnte, wieder aktiviert – auch der ehemalige Braunkohlenabbau in Malliß und Conow.

Die Gewinnung der Braunkohle im Unterflöz des Conow-Feldes wurde in der Notzeit nach dem 1. Weltkrieg von 1922 bis 1926 durchgeführt. Dann folgte eine 20jährige Unterbrechung der bergbaulichen Tätigkeit bis 1946.

Die letzte Abbauperiode erfolgte nach dem Ende des 2. Weltkrieges von 1947 bis 1960 und war der Notlage an Brennstoffen geschuldet. Dazu wurde das Braunkohlenflöz im Conow- und Mallißfeld genutzt.

## Die Kali- und Steinsalzerkundung

1874 wurde auf Veranlassung der Mecklenburgischen Kammer zu Schwerin begonnen, in der Lübtheener Gegend Salz- und Kalisuche durchzuführen. Die geologische Erkundung wurde in einem alten Gipsbruch in Lübtheen und in der Gemarkung Jessenitz durchgeführt und traf bei einer Teufe von 270 m das Kalilager. Die geologischen Erkundungen umfassten über Jahre die Salzstöcke Lübtheen, Jessenitz und Conow.

Damit wurden die Voraussetzungen für die Planung und den Bau von drei Kalischächten geschaffen und mit großem technischem Aufwand, finanziellen Kraftanstrengungen und beachtlichem Unternehmenswillen von Bergbaubetreibern und dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin umgesetzt.

Die Betriebsgründungen erfolgten nach preußischem Bergrecht und landesrechtlichen Regelungen. Die Verleihung erfolgte durch das zuständige Bergamt, und wurde durch Ausgabe von Kux-Scheinen verbindlich.

Die Regierung des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin hatte am 16. Mai 1879 mit einem Erlass einer Verordnung den gesamten Bergbau – mit der einzigen Ausnahme Jessenitz – verstaatlicht. Damit war das Verfügungsrecht der Grundbesitzer über die Aufsuchung und Gewinnung von Kali- und Steinsalz ausgeschlossen.

Nicht voraussehbarer Zeitaufwand der Erkundungs- und Erschließungsarbeiten waren für die Regierung des Großherzogs Veranlassung, den Bau und Betrieb der Salzbergwerke Lübtheen Herrn Hugo Sholtow-Douglas in Berlin auf sein eigenes Risiko zu übertragen.

Dazu wurden die Bergrechte auf der Grundlage der Verordnung vom 16. Mai 1879 an das Unternehmen Douglas mit erheblichen finanziellen Leistungen und einer Kautions von 800.000 RM überschrieben. Douglas hatte sich der Verpflichtung zur Einhaltung der Verordnung unterworfen und musste bis zum 1. Juli 1900 den Schacht eröffnen.

Die Gesellschaft von Douglas beginnt 1895 mit dem Abteufen des Friedrich-Franz-Schachtes, der aber erst 1900 durch den Großherzog geweiht werden kann.

Die Douglas AG und Gewerkschaft erwarben die Bergrechte und damit das Recht zur Gewinnung von Kalisalzen und die Produktion von Kalidünger und Aufbereitungsprodukten.

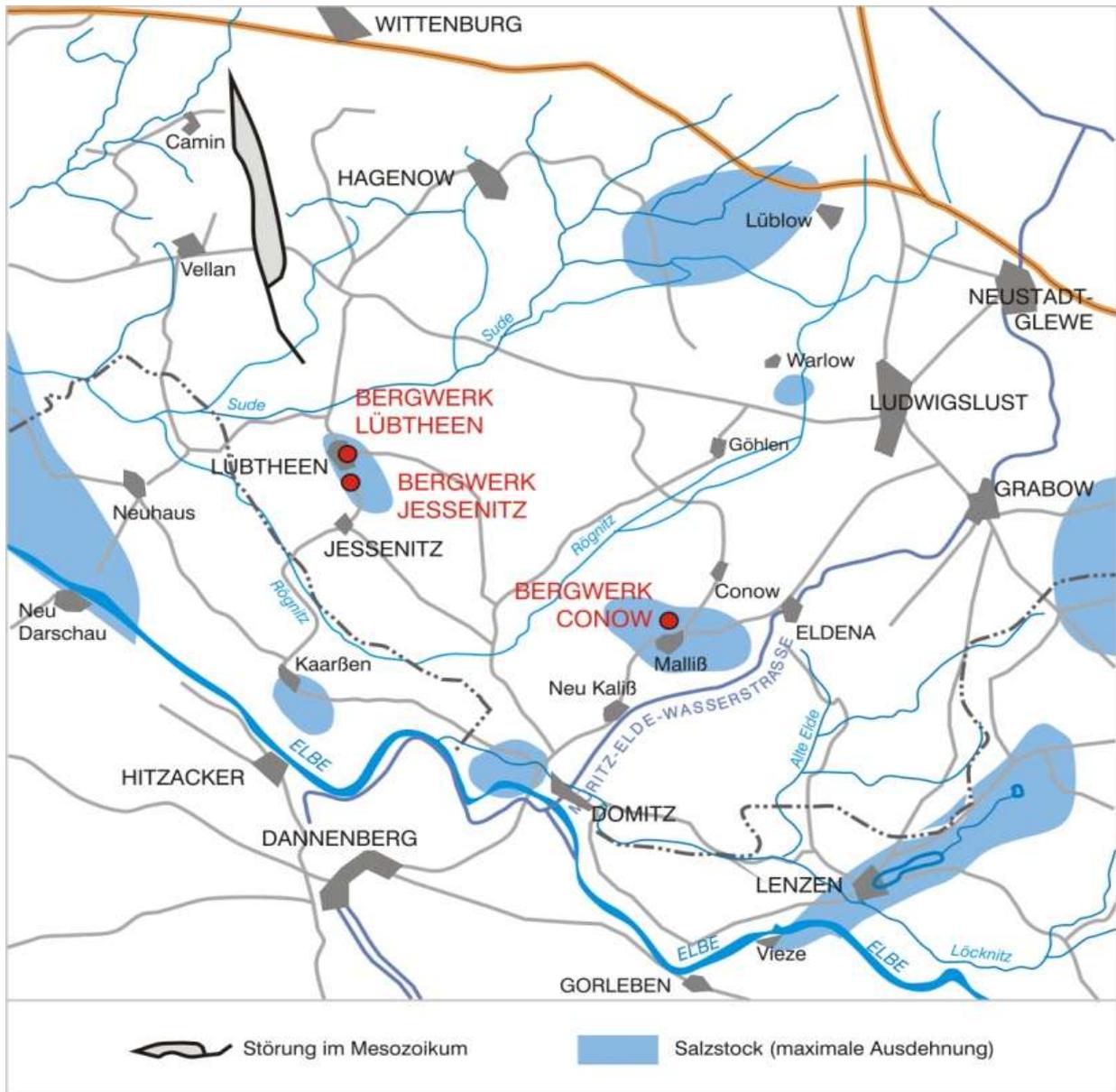
Die Kuxe umfasste den Anteil an Bergwerksgesellschaften und war ein Inhaberpapier. Für den Friedrich-Franz-Schacht waren für die bergbaulichen Gewerkschaften 1000 Stück, für das mecklenburgische Finanzministerium 335 Stück und 259 Stück für den Großherzog festgelegt.

Mit dem Abteufen des Friedrich-Franz-Schachtes in Lübtheen wurde am 23.12.1895 begonnen. 1905 wurde die 430 m-Sohle angeschossen. Die Endteufe wurde 1913 erreicht (618 m)! Das Bergwerk ist in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1916 durch einen Gebirgsschlag ersoffen.

1886 wurden geologische Erkundungen auf dem Salzstock Jessenitz, nur 6,5 km südlich von Lübtheen, von dem Rittergrundbesitzer veranlasst, die sehr erfolgreich waren und damit Veranlassung zur Gründung der Mecklenburgische Kali-Salzwerke AG Jessenitz.

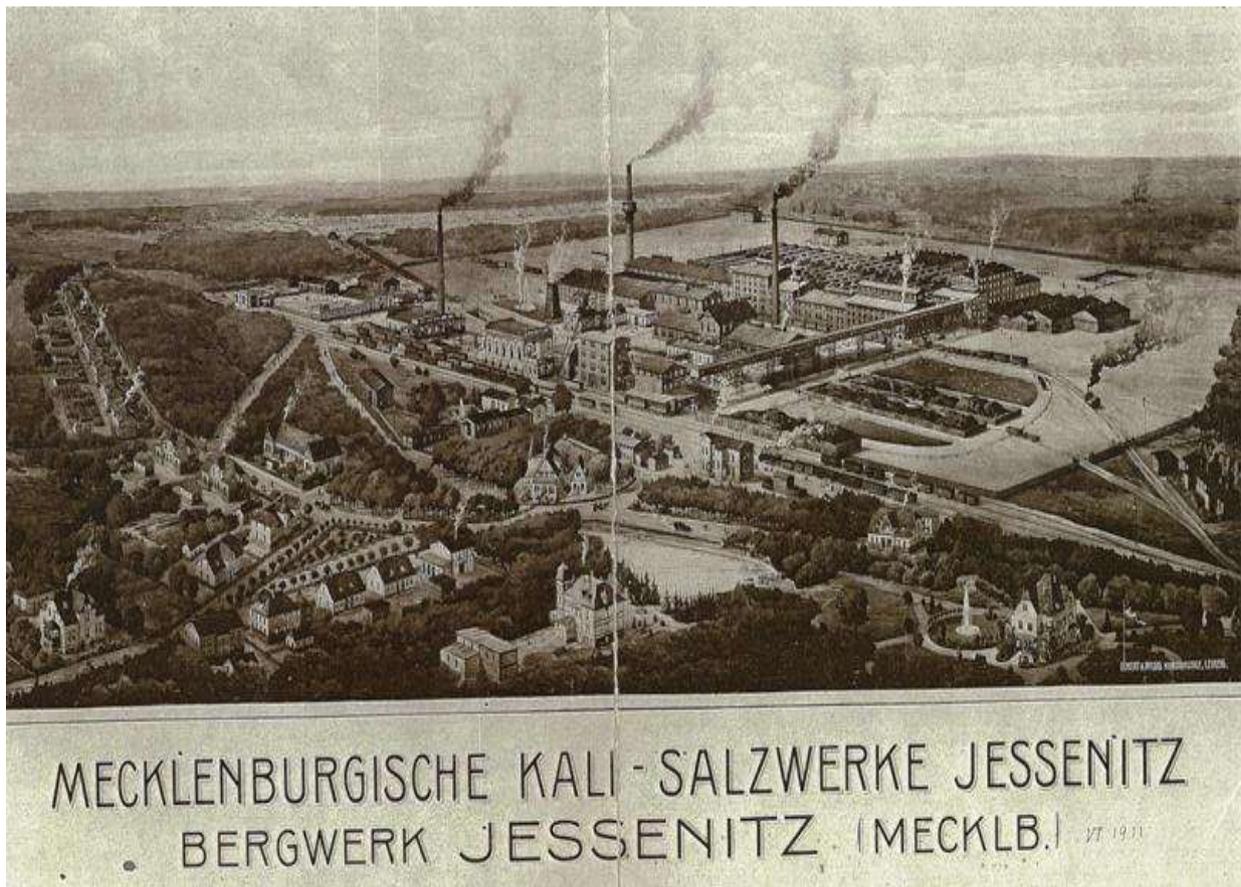
Von 1900 bis 1912 erfolgte die Gewinnung von 1.400 000 t Kali und Steinsalz sowie dessen Verarbeitung. Ein intensiver Wassereinbruch führte 1912 zur Aufgabe des Bergwerkes Jessenitz. 450 Bergleute waren bis zum plötzlichem Ersaufen des Bergwerks tätig.

Ein weiteres Kali- und Steinsalzbergwerk wurde 1910 als Gewerkschaft Conow gegründet. Von 1912 bis 1914 wurde in Rekordzeit der Schacht Conow bis 720 m verteuft und die Förderung aufgenommen. Aus Absatzgründen konnte nach dem Kriegsende 1918 kein wirtschaftliches Betreiben des Bergwerkes mehr erfolgen. Es wurde 1926 stillgelegt. 260 Bergleute verloren ihre Arbeit.



Kali- und Steinsalzbergwerke in Südwest-Mecklenburg  
Quelle: ERCOSPLAN Erfurt

Die Kali- und Steinsalzgewinnung auf den drei Bergwerken entwickelte sich recht ordentlich und verhalf den Orten Lübtheen und Conow zu beachtlichem Wachstum, was durch neue Arbeitsplätze und erheblichen Bevölkerungszuwachs zum Ausdruck kam. Die Kalisalze wurden in der neu erbauten Kalifabrik zu Düngemittel für die Landwirtschaft verarbeitet und verzeichneten große Nachfragen, auch beim Export. Auch das Steinsalzaufkommen fand zufriedene Kunden und reißenden Absatz in der Fischverarbeitung im Norden.



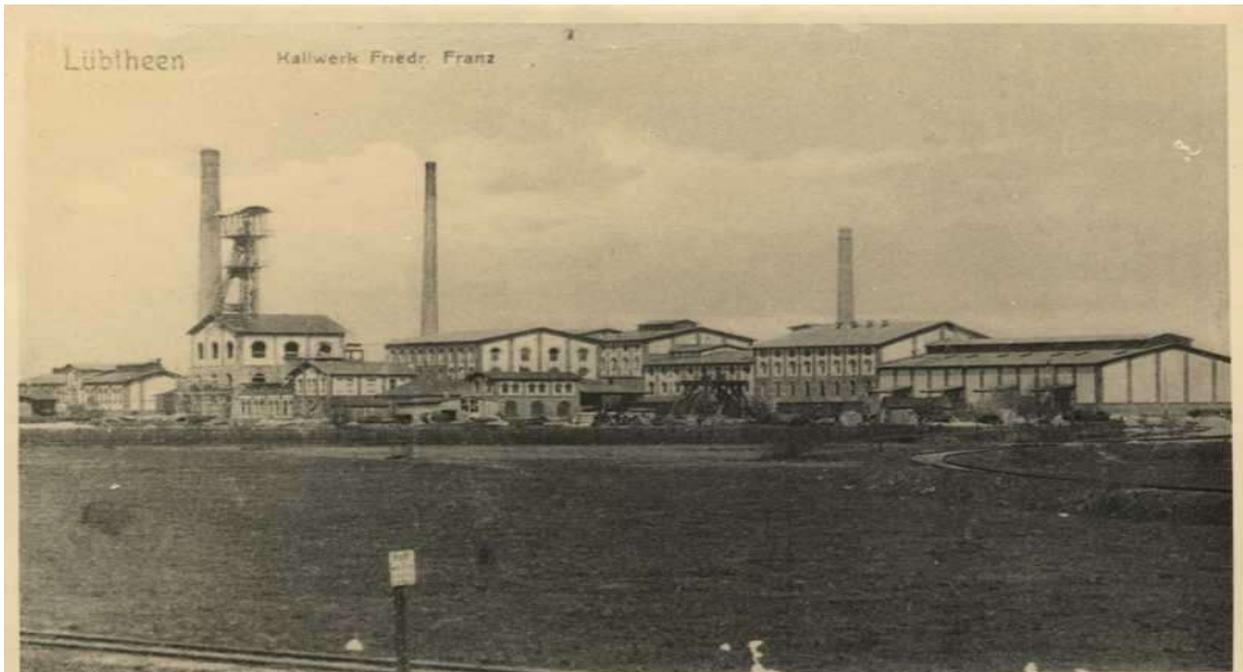
Ansicht Kali-Salzwerke Jessenitz 1911 – Archiv Bergamt

Der 1. Weltkrieg mit seinen dramatischen Folgen und das Absaufen der Bergwerke lösten Armut und massenhafte Abwanderung aus der „Griesen Gegend“ aus. Das letzte Kali- und Steinsalzbergwerk Conow wurde dann 1926 im Zuge der Weltwirtschaftskrise stillgelegt und planmäßig geflutet.

Damit waren auch die Stilllegung der chemischen Fabriken, das Braunkohlenbergwerk in Malliß und der Verlust von weiteren 300 Arbeitsplätzen in dieser Region verbunden.

„Der Kali- und Steinsalzbergbau“ wurde von Dr. Günter Pinzke in seinen Büchern 2012 und 2014 sehr umfänglich dargestellt. Sie beinhalten die Salzgewinnung in Südwest-Mecklenburg mit Geologie, Erschließung der Lagerstätten und einem montanhistorischen Abriss zu den Kali- und Steinsalzbergwerken Jessenitz, Lübtheen und Conow. Das Buch „Die Salzbergwerke Mecklenburgs“ von Dr. Günter Pinzke aus dem Jahr 2014 war sein letztes wissenschaftlich-historisches Werk über den Bergbau in M-V. Er ist 2017 in Schwerin gestorben. Er hat auch über die Wikipedia-Plattform die historische Überlieferung der Bergbaugeschichte des Landes M-V langfristig gesichert.

Er war ein hervorragender Bergmann mit enormen Fachwissen, der bergbauliche Fakten gebündelt und damit die Traditionen des Bergbaus für die Nachwelt dokumentiert hat.



Quelle: Festschrift 100 Jahre Bergbehörde in M-V

### **Die Weiterentwicklung der Bergverwaltung nach 1918**

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Bergamt Lübtheen als eigenständige Einrichtung am 1. Juli 1921 aufgelöst und in den Geschäftsbereich des Innenministeriums in Schwerin integriert.

Ab 1. Juli 1921 arbeitete es unter der Bezeichnung „Mecklenburg-Schwerin'sches Bergamt“ und richtete eine Geschäftsstelle ein. Die Leitung wurde Ministerialräten übertragen.

Die wechselvolle Geschichte der Bergverwaltung im heutigen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, war, trotz des bescheidenen Bergbaus, stetig und auch nachhaltig. Mit der Fertigstellung der Kalischächte und Aufnahme der Förderung an den Standorten Jessenitz, Conow und Lübtheen wurde die ordnungsgemäße und eigenständige Bergaufsicht wirksam.

Auch die Braunkohlengewinnung in Malliß und Conow standen unter Bergaufsicht.

### **Zentralisierung der Berghoheit 1934 - 1960**

Wirtschaft und Reichsverwaltung wurden 1934 mit den Gesetzen zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ und zur „Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ nach dem Führungsprinzip neu organisiert. Die Bergbehörde wurde mit dem „Gesetz zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich“ vom 28. Februar 1935 ebenfalls vollkommen umgestaltet.

Mit diesem Gesetz wurde das Bergwesen dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt. Damit verloren die Länder ihre Berghoheit. Auch das Bergrecht sollte als vielfältiges und zersplittertes Landesrecht aufgehoben und einheitlich mit einem neuen „Reichsberggesetz“ geregelt werden. Wegen unüberwindbarer politischer und rechtlicher Hindernisse scheiterte jedoch der Versuch, ein einheitliches Recht für Deutschland zu schaffen. Im Besonderen war im Bereich des Bergwesens die Rechtszersplitterung zwischen Grundeigentümerrechten, Regalität und Bergbaufreiheit zwischen den einzelnen Ländern als auch bezüglich der einzelnen Bergbauzweige derartig groß, dass eine Vereinheitlichung

des bergrechtlichen Zustandes ohne Entschädigungsleistungen oder -härten nicht geregelt werden konnte.

Auf Grund des Gesetzes über den Aufbau der Reichsbehörden vom 30. September 1942 (RGBl. I, S. 603) in Verbindung mit der ersten Verordnung über die Sitze und Verwaltungsbezirke der Bergämter vom 25. März 1943 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 75/1943) wurde die Bergverwaltung des Landes Mecklenburg schließlich mit Wirkung vom 1. April 1943 dem Oberbergamt Halle bzw. dem Bergamt Magdeburg (in unterer Instanz) zugeteilt. Die Zerstörung des Bergamtes Magdeburg nach einem Bombenangriff im Jahre 1944 bewirkte die Verlegung des Bergamtes nach Staßfurt.

## **Ende des 2. Weltkrieges - Potsdamer Abkommen - Teilung Deutschlands**

Die Siegermächte Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich haben 1945 mit der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens auch die politische Entwicklung Deutschlands mit Gebietsabtretungen, neuen Grenzen, Zuständigkeiten für alliierte Gebiete und Reparationsleistungen festgelegt. Davon war auch der Bergbau in sehr starkem Umfang betroffen, zumal in der sowjetischen Besatzungszone die Enteignung und Umwandlung in Staatseigentum vollzogen wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden das Oberbergamt Halle und die unterstehenden Bergämter im Juli 1946 mit Befehl Nr. 63 der Sowjetischen Militäradministration Deutschland (SMAD) in „Technische Bergbauinspektionen“ (TBBI) umbenannt. Diese wurden direkt der „Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie in der sowjetischen Besatzungszone“ (DZBV) unterstellt. Das Oberbergamt Halle und die übliche bewährte dreistufige Verwaltung wurden aufgelöst. Bis zum Jahre 1959 war diese Organisationsstruktur der Bergverwaltung in der DDR dann wirksam. In der BRD wurden die alten Strukturen der Bergverwaltung angepasst und sehr umfänglich modifiziert.

In der DDR regelte der Ministerrat mit Verordnung vom 12. Mai 1960 die rechtliche Stellung, die konkreten Aufgaben und die Leitung, Arbeitsweise und Struktur der Obersten Bergbehörde und der ihr nachgeordneten Bergbehörden. Da der zweistufige Verwaltungsaufbau der Technischen Bergbauinspektionen sich nicht als durchgreifendes Instrument der staatlichen Aufsicht für die Betriebssicherheit und den Arbeitsschutz im Bergbau bewährt hatte, erhielten die Bergbehörden die direkten Zuständigkeiten für die Bergreviere zurück. Die Oberste Bergbehörde mit Sitz in Leipzig erhielt eine unabhängige Rechtsstellung. Die besonderen Aufgaben für die Bergbehörden waren die Zulassung der Technischen Betriebspläne der Bergbaubetriebe sowie die Überwachung ihrer Durchführung gemäß den geltenden Bergverordnungen.

## **Bergbehörde Staßfurt 1960-1990**

Mit der Bildung der Bergbehörde Staßfurt im Jahre 1960 war auch die Zuständigkeit dieser Behörde für die Bezirke Magdeburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und Neubrandenburg gegeben. Die Bergbehörde Staßfurt war gleichzeitig die zuständige Bergverwaltung für den gesamten Bohrlochbergbau in der DDR, wozu der Erdölbergbau und die Untertagespeicherung von Gas in Kavernen und bergbaulichen Hohlräumen gehörten. Als dann im Jahre 1961 bedeutsame Erdölfunde in Vorpommern gemacht wurden, war dies Anlass, die Außenstelle Stralsund der Bergbehörde Staßfurt im März 1963 zu gründen. Die Leiter der Bergbehörde Staßfurt waren Bergingenieur Herbert Tomaschek bis 1976, Dipl.-Ing. Martin Liefhold bis 1988 und Bergdirektor Gerald Meyer ab 1989.

## **Das Bergrecht**

Das Bergrecht bezeichnet den rechtlichen Rahmen und die Voraussetzungen des Bergbaus mit der Erkundung und Gewinnung von Bodenschätzen und deren Nutzungsrechten umzugehen.

Das Bergrecht gilt seit dem 12. Jahrhundert und sicherte den Herrschern, ab dem 15. Jahrhundert auch den Landesherrn und Privatpersonen, das Bergregal auf Silber, Gold und anderen Bodenschätzen ab. Zu dieser Zeit waren Edelmetalle, Erze und Salze von besonderem Interesse.

Das Bergrecht entwickelte sich auf Grund der zunehmenden Nachfrage, insbesondere durch das aufstrebende Handwerk, die Industrie, neue Erfindungen und die Mechanisierung weiter, und ermöglichte auch den Entzug von Grundeigentum. Der preußische König reformierte im 18. Jahrhundert das Bergrecht recht umfangreich. Ab 1865 wurden auch erstmalig alle deutschen Kleinstaaten und Fürstentümer mit in diese Regularien aufgenommen.

Erst 1980 wurde ein neues geltendes Bundesberggesetz erlassen, was zwischen bergfreien und grundeigenen Bodenschätzen unterschied.

Die Entwicklung im Osten Deutschlands war noch drastischer, da alle Bodenschätze und Bergbaubetriebe ab 1946 verstaatlicht wurden. Die rechtliche Auslegung des Bergrechts oblag in der späteren DDR der Obersten Bergbehörde beim Ministerrat in Leipzig und den zuständigen Bergbehörden in Halle/Saale, Erfurt, Senftenberg, Borna, Chemnitz, und Staßfurt. Die SDAG Wismut hatte eine eigenständige Bergbehörde.

Im Berggesetz der DDR von 1969 war festgelegt, dass mineralische Rohstoffe, deren Nutzung von volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, unabhängig vom Grundeigentum, Volkseigentum sind. Das Recht zur Erkundung, zur Gewinnung und zur unterirdischen Speicherung stand dem Staat zu. Die optimale Lagerstättennutzung war entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu sichern.

## **Bergbehörde Staßfurt und Außenstelle Stralsund**

Die geologischen Aktivitäten zur Erdölerkundung im Raum Grimmen und die Fündigkeit der Bohrung E Reinkenhagen 2/2a/60 waren die Grundlage, einen Teil der staatlichen Bergaufsicht im Jahr 1963 in der neu gegründeten Außenstelle Stralsund der Bergbehörde Staßfurt auszuüben zu lassen.

Damit wurden historische Wurzeln der Bergaufsicht wieder in den Norden der DDR gebracht, die seit 1935 durch das Oberbergamt Halle/Saale, seit 1943 durch das Bergamt Magdeburg, nach Ausbombung 1944 durch das Bergamt Staßfurt und seit 1960 durch die Bergbehörde Staßfurt wahrgenommen wurden.

Die Gründung des Bergamtes Stralsund am 14.12. 1990 für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern nach der Wiedervereinigung Deutschlands vollzog sich nach 90jähriger Geschichte der Bergverwaltung in Mecklenburg an sieben verschiedenen Standorten.

## **Außenstelle Stralsund der Bergbehörde Staßfurt von 1963-1990**

Im März 1963 wurde in einer Baracke in der Barther Straße in Stralsund die Außenstelle Stralsund eingerichtet. Ab 1964 erfolgten bis 1969 mehrere Umzüge, bis dann im Blechpackungswerk in der Lindenstraße ein geeigneter Standort entstand. Dieser wurde bis 1992 genutzt, bevor der Umzug in die „Alte Molkerei“ bis 1996 erfolgte. Die Berginspektoren Heinrich Richter und Heinrich Wansch waren zunächst von Staßfurt aus bis 1966 für die Bearbeitung zuständig. Nachfolgend wurden zuerst Heinrich Richter und später weitere Bearbeiter in Stralsund angesiedelt.

Die Bergaufsicht für den Bergbau in den Bezirken Rostock, Neubrandenburg und Schwerin wurde von 1963 bis zur Wendezeit 1989 von der Außenstelle Stralsund mit drei Berginspektoren und zwei Angestellten vollzogen. Sie beinhaltete alle geologischen Erkundungsarbeiten, Produktionsbohrungen auf Erdöl, Erdgas und alle tiefen Forschungsbohrungen ab 5000 m Teufe, die der VEB Erdöl Erdgas Grimmen mit seinen Ausrüstungen und mit dem geeigneten Personal bearbeitete. Der Erdölförderbetrieb Reinkenhagen übernahm anfänglich die Erdölförderung, die Aufbereitung und den Vertrieb.

Alle Genehmigungen und Zulassungen wurden vom Leiter der Bergbehörde Staßfurt unterschrieben.

Der Schwerpunkt der Bergaufsicht lag zunächst bei der Entwicklung der Erdölerkundung und Förderung von Erdöl und Erdgas sowie dem Aufbau von Aufbereitungsanlagen, Förderanlagen und Werkstätten. Dazu mussten die Betriebsgenehmigungen und die Zulassungen von den Inspektoren bearbeitet werden.

In der Außenstelle Stralsund der Bergbehörde Staßfurt wurden ab 1972 auch ca. 250 Steine- und Erdenbetriebe mit 500 Bergbauobjekten für die Förderung, Aufbereitung und Lieferung von Fertigprodukten bei Kreide, Spezialton, Ziegelton, Torf und Kiessand bearbeitet.

Die Erdöl- und Erdgasförderung sowie die Geologische Erkundung waren dominant und arbeitsintensiv. Sie umfassten die Geologie, die Geophysik, die Montage sowie alle Förder- und Aufbereitungsanlagen für Erdöl und Erdgas.

Der VEB Erdöl und Erdgas Grimmen hatte ca. 2200 Beschäftigte, war hochspezialisiert und teilweise mit sowjetischen Fachkräften besetzt. Eine leistungsfähige Berufs- und Fachausbildung innerhalb des Industriezweiges sicherten sehr gutes qualifiziertes Wissen und Können.

Die Geophysik war ein Bereich mit Spezialaktivitäten, der bereits 1922 mit der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft (DGG) in bergbaulichen Bereichen fundamentale Ergebnisse sicherte.

Heute bietet die Gesellschaft für geologische Dienste (GGD) Leipzig Leistungen nahezu aller geophysikalischen Erkundungsmethoden im In- und Ausland an.

## **„Zur Geschichte des Unternehmens“**

Der Ursprung der Geophysik GGD mbH fällt in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, als eine Gruppe von Geophysikern in Berlin damit begann, geophysikalische Daten aus der Vorkriegszeit auszuwerten und erste Feldmessungen im sowjetischen Sektor Deutschlands durchzuführen.

Am 01. Januar 1951 wurde in Berlin die Staatliche Geologische Kommission ins Leben gerufen, während in Leipzig der Geophysikalische Dienst gegründet wurde. Die Aufgabe dieses Dienstes war die nationale und später auch weltweite Suche nach Rohstoffen für die damalige Deutsche Demokratische Republik. 1953 erfolgte die Umwandlung des Dienstes zum Volkseigenen Betrieb (VEB) Geophysik. Am 01. Juli 1984 wurde der VEB Geophysik mit weiteren staatlichen Betrieben für Bohrlochgeophysik und Geothermie zum VEB Kombinat Geophysik Leipzig vereint. Als Stammsitz dieses Kombinats verblieb der bisherige Sitz des VEB Geophysik in Leipzig. In der damaligen Zeit beschäftigte der Betrieb bis zu 3000 Mitarbeiter. Seine Leistungen umfassten dabei das gesamte Spektrum der geophysikalischen Erkundung inklusive Flachwasser- und Aerogeophysik. Eine eigene Forschungsabteilung und Geräteentwicklung verbesserten dabei die geophysikalischen Methoden.

Nach der Wiedervereinigung, im Jahr 1990, wurde der VEB Kombinat Geophysik Leipzig privatisiert und in eine GmbH überführt, die ab 1992 unter dem Namen Geophysik GGD mbH - Gesellschaft für geowissenschaftliche Dienste firmiert. Einige Unternehmensbereiche, wie z.B. der Gerätebau, wurden als eigenständige Gesellschaften ausgegliedert. In den Folgejahren fanden Umstrukturierungen der Gesellschaft statt, bis im Jahr 2000 die Geophysik GGD mbH an einen privaten Investor verkauft wurde.

**Quelle: [www.geophysik-ggd.com/](http://www.geophysik-ggd.com/)**

## **Weitere Aufsichtsbereiche der Bergbehörde**

In der Steine- und Erdenindustrie standen komplette Aufbereitungsanlagen, Logistikabläufe, Werkbahnen, Ziegeleien, Wasserhaltungsmaßnahmen, Transport und Instandhaltung der Bergbaubetriebe sowie die Aktivitäten auf dem Festlandsockel zur Baustoffgewinnung unter Bergaufsicht.

Eine besondere Spezifik stellte die Geothermie dar, die als eine alternative Variante für die energetische Versorgung von größeren Ballungsräumen galt und an den Standorten Waren, Neustadt-Glewe und Neubrandenburg großtechnisch zur sicheren Erdwärmennutzung und Fernwärmeversorgung entwickelt wurde.

In den Bergbaubetrieben ereigneten sich Havarien, wie Eruptionen, Geräteverluste, Rutschungen und Unfälle, die teilweise auf fehlerhaftes Verhalten, mangelhafte Ausstattungen und Ausrüstungen zurückgingen. Diese Ereignisse waren durch die Bergbehörden zu erfassen, zu untersuchen und mit Präventionsmaßnahmen zu belegen. Besonders

im Wirtschaftsbereich Erdöl- und Erdgasbergbau wurden beachtliche Mittel zur Gewährleistung der Bergbausicherheit und zum Schutz Dritter gebunden und es wurde ein sicherer Stand der Technik angestrebt. Das Ziel der staatlichen Bergaufsicht war es, dafür Sorge zu tragen, dass negative Auswirkungen der bergbaulichen Tätigkeit auf die Volkswirtschaft, die Territorien und die Bürger auf ein Mindestmaß beschränkt blieben und Störungen im Bergbau minimiert werden.

Das Berggesetz der DDR vom 12. Mai 1969 ordnete die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Obersten Bergbehörde eindeutiger und klarer als die bisherige Verordnung vom 12. Mai 1960. Mit dessen Inkrafttreten unterlagen auch alle Betriebe der Steine- und Erden-Industrie der staatlichen Bergaufsicht. Auch ab einer Größe von 10 ha und einer Höhe oder Tiefe von 10m unterlagen Halden und Restlöcher der Bergaufsicht; darunter auch sehr große Abfalldeponien.

Die Bergverwaltung der DDR wurde im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands gemäß den Festlegungen des Einigungsvertrages vom 23. Sept. 1990 zum 31.12.1990 abgewickelt.

Es gab im Einigungsvertrag vom 31.08.1990 (BGBl.II S, 889 -1003) für den Bergbau sehr gute Übergangsregelungen, die zum Erhalt von Produktionskapazitäten und Arbeit beitragen. Alle ehemaligen Mitarbeiter der Bergbehörden der DDR wurden zum 31. 12.1989 entlassen. Sie konnten sich nach vorgegebenen Rahmenbedingungen und Überprüfungen bei den neu zu gründenden Bergbehörden der Länder ab 1990 bewerben.

## **Lagerstättennutzungen**

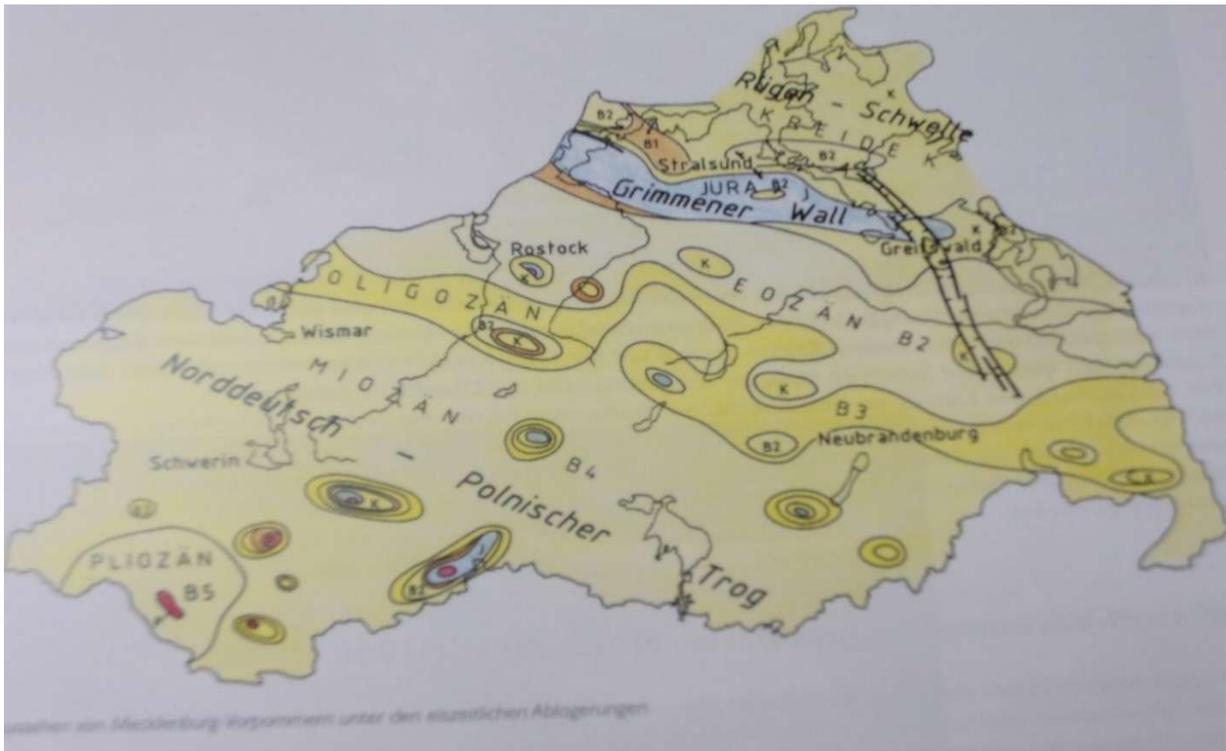
Sowohl die Suche als auch die Gewinnung von bergfreien Bodenschätzen ist in Deutschland erlaubnispflichtig. Die entsprechenden Verfahren werden vorwiegend durch die Bergämter bearbeitet. Dies schließt neben der Erlaubnis zum Aufsuchen von bergfreien Bodenschätzen auch die Bewilligung zum Abbau oder die Bildung von Bergwerkseigentum mit ein.

Das geltende Bundesberggesetz enthält auch konkrete Richtlinien, die zum Versagen von Erlaubnis- und Bewilligungsanträgen führen können.

In Mecklenburg-Vorpommern sind bedeutsame Lagerstätten für Kiese, Kreide, Ton, Torf, Diatomeenkohle - Kieselgur, Erdgas, Speichergesteine in Salzformationen und geothermale Ressourcen vorhanden, die nach den Festlegungen des Einigungsvertrages durch die Treuhandanstalt verkauft und damit privatisiert wurden.

Zwischen Harz und Skandinavien liegt eine mächtige geologische Absenkung, nachgewiesen mit der Forschungsbohrung Mirow 1/74 bis zur Teufe von 8.008 m in der Stufe Saxon bis Autun, als riesiges Sedimentbecken. Dies ist der Norddeutsch-Polnische Trog.

Die einzelnen Erdzeiten werden durch bestimmte Gesteine im Untergrund sichtbar. Auch größere Salzformationen sind vorhanden, die in Form von Salzstöcken bis nahe der Erdoberfläche auftauchen. Der Grimmener Wall ist eine bedeutsame Ausdehnung des Zechsteinsalzes, die hier bis 500 m mächtig und für Erdöl- und Erdgaslagerungen im Staßfurt-Zechstein bei ca. 2.400 m teilweise geeignet ist.



Geologischer Bau des Landes M-V (Quelle: Geologischer Dienst; Festschrift)

Norddeutschland ist durch eine dreifache Vereisung während des Pleistozän vor 320.000 bis 12.000 Jahren vor Heute beträchtlich verformt worden und als eine seenreiche und hügelige Landschaft sehr schön am Baltischem Meer liegend gestaltet worden. Dadurch wurden auch die Lias- und Eozäntone sowie Kreidevorkommen verfügbar, sowie auch Ziegelton-, Kiessandlagerstätten und riesige Torfvorkommen durch das Abschmelzen des Eises gebildet.

Größere Lagerstätten an Kalivorkommen, Braunkohle, Kreide, Ton, Torf, Kiessand und Erdöl sind in mehr als 130 Jahren bergbaulicher Nutzung abgebaut worden und haben zur Entwicklung von Industriestandorten und zur Versorgung vieler Bedarfsträger beigetragen. Dies sorgte für viele Arbeitsplätze mit sicheren Einkünften und industriellen Ansiedlungen.

Der Bergbau im heutigem M-V hat zu beachtlichem Wachstum in einzelnen Gemeinden und Städten beigetragen, was sich z.B. in Lübbtheen, Malliß, Sassnitz, Grimmen, Friedland, Langenhagen, Rethwisch, Neubrandenburg, Neukloster und Krassow widerspiegelt.

In Lübbtheen wuchs im 18. Jahrhundert durch den Kalibergbau der Ort auf 4500 Einwohner. Die Stadt Grimmen und das Umland entwickelten sich 1960 und danach zur Erdölregion und hatten einen Zuzug von fast 5000 Menschen zu verzeichnen. Hunderte von Wohnungen und Infrastruktur wurden neu gebaut sowie Produktionsstandorte in Grimmen, Reinkenhagen, Lütow, Salzwedel und in der Lausitz geschaffen.

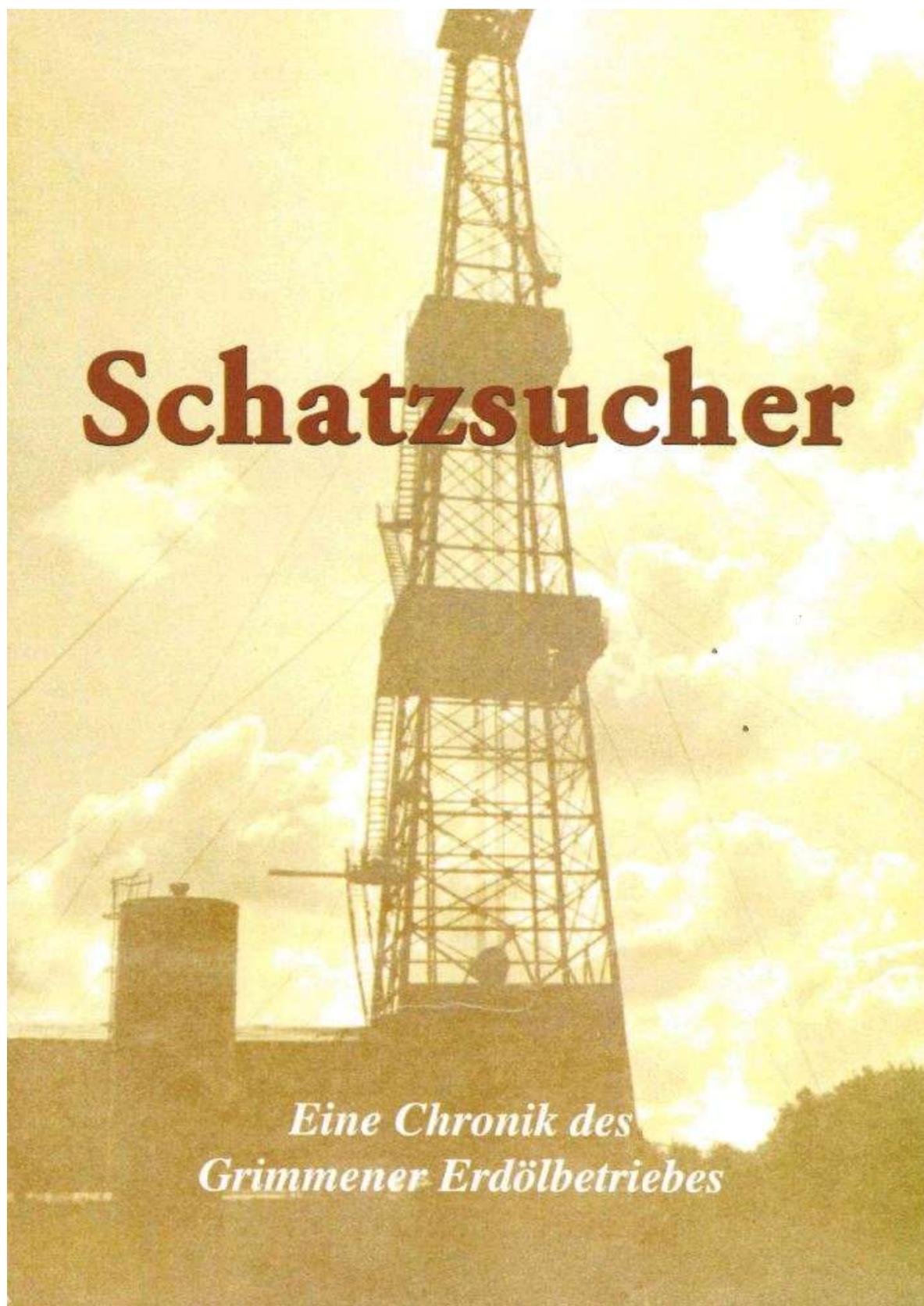
Unter Bergaufsicht standen auch die Liaston-Gewinnung und Aufbereitung in Grimmen, was für die Bauwirtschaft von überregionaler Bedeutung war, da die Porensinterprodukte effiziente Wärmedämmungen sicherten.

Stark verbreitet waren an 40 Standorten im Jahr 1990 die Ziegeltongewinnung und viele Ziegeleien. Diese Standorte waren veraltet, mit keinen leistungsfähigen Tagebauen, Aufbereitungsanlagen, Brennverfahren und Logistiksystemen ausgestattet. Es waren sehr schwere Arbeitsbedingungen beim Brennprozess der Ziegelsteine in den Ringrohröfen vorhanden. Über Jahrzehnte waren jedoch diese heimischen Baustoffe sehr wichtige Materiallieferanten und sicherten Arbeitsplätze. Nach 1990 sind noch 5 Ziegelei-Standorte erhalten geblieben, während die anderen 35 alle geschlossen und abgewickelt wurden. Die letzten Ziegeleien in Malliß und Woldegk wurden infolge zu teurer Produktion um 2000 endgültig eingestellt.

Die Gewinnung von Eozänton in Friedland mit der Veredlung zu rotbrennenden Fliesen und zu Bentonit fanden im 18. Jahrhundert bereits den Zuspruch des deutschen Kaisers im aufstrebenden Berlin sowie später in der Gießerei- und Bohrindustrie. Diese Gewinnung ist noch vorhanden und die Produkte sind gefragt.

Erwähnt werden muss, dass nicht alle bekannten Lagerstätten und Speichergesteine für eine bergbauliche Nutzung in Frage kommen, weil die Nutzungskonflikte mit dem Wasser-, Natur- und Umweltschutz sowie den Planungsvorstellungen von Städten, Gemeinden und Investoren nicht in Übereinstimmung mit dem Allgemeinwohl stehen.

Als Beispiele sollen die bedeutsame Erdgaslagerstätte Heringsdorf auf der Insel Usedom und die Diatomeenlagerstätte in der Griesen Gegend bei Lübtheen genannt werden.



Titelseite - Einband der Chronik

Die Gesamtentwicklung der Erdölindustrie ist mit dem Titel „Schatzsucher“ als Chronik des Grimmener Erdölbetriebes vom Förderverein Erdöl und Heimat e. V. Reinkenhagen

2007 veröffentlicht worden und ist ein interessantes historisches Buch über den Zeitraum von 1961 -1991.

## **Kreidegewinnung**

In Sassnitz und auf der Insel Rügen entwickelte sich seit 1870 die Kreidewirtschaft und bot vielen Menschen und Unternehmern sichere Einkünfte. Im derzeit aktivem Kreidewerk Rügen wurden in den letzten Jahren jährlich ca. 200.000 bis zu 450.000 t Kreide gefördert, die hochgradig veredelt und auch exportiert werden. Die geologischen Vorräte auf dem Goldberg bei Sagard sind langfristig bereits mit einem abgeschlossenen Planfeststellungsverfahren für den Bergbau gesichert, so dass auch hier noch perspektivisch Kreideabbau erfolgen kann.

Die Städte Waren, Neubrandenburg und Neustadt-Glewe nutzen seit fast 40 Jahren die Geothermie zur Wärmeversorgung. Nach 25 Jahren Stillstand und Verteuerung der Energieversorgung sowie Umsteuerung der staatlichen Förderung wurde 2018 mit ernsthaften geologischen Untersuchungen in Schwerin-Lankow die Erdwärmeeignung nachgewiesen und 2025 in Nutzung genommen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Wärmegrundlastversorgung.

In der Stadt Neubrandenburg und im Umland werden seit 150 Jahren hervorragende Kies- und Quarzsandlagerstätten für die Bauwirtschaft betrieben, die sehr leistungsstark waren und sind. Seit 1876 ist der Kiessandtagebau „Hinterste Mühle“ ein Standort mit überragender Bedeutung für die Entwicklung der Stadt.

Die Gewinnung von hochwertigen Kiessanden erfolgt bei Möllenhagen, Klocksing, Ventschow, Pinnow, Müsenthin, Jarmen, Langenhagen, Lüttow und weiteren Standorten. Hohenwangelin und Parchim haben Beton-, Kalksandstein- und Gasbetonwerke mit Spezialprodukten angesiedelt. Jährlich werden ca. 12 Mio Tonnen an Kies- und Spezialsand abgebaut und verbraucht. Auch die Versorgung der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin ist teilweise daran gekoppelt.

Auch der permanente Küstenschutz basiert auf der Gewinnung von Kiessand aus der Ostsee, der jährlich an den Gefährdungsküsten aufgespült wird, aber auch Jahrzehnte für die Bauwirtschaft genutzt wurde.

## **Spezialbetrieb Energieleitungen und Kavernenbau**

Das Bergamt Stralsund ist seit 2005 auch zuständige Planfeststellungsbehörde für den Bau und Betrieb von Erdgasleitungen mit einem Durchmesser von > 300mm, und auch gemäß BBergGZuVO vom 22.09.1994 zuständige Genehmigungsbehörde für Transitrohrleitungen und Unterwasserkabel im Bereich des deutschen Festlandssockels.

Die Broschüre des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus „20 Jahre Bergamt Stralsund“ vom November 2010 beschreibt sehr umfänglich die Spezialgebiete Energieleitungen und Kavernenbau.

Eine große Herausforderung war der Neubau des Untergrundgasspeichers Kraak auf einem Salzstock im Raum Schwerin von 1994 bis 2000, der, u.a., die stabile Versorgung von Hamburg mit Erdgas gewährleistet.

2011 wurde der Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 1 erfolgreich abgeschlossen und es wurden jährlich bis zu 55 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas aus Rußland nach Lubmin gefördert. Die Broschüre wurde unter Federführung des damaligen Bergamtsleiters Martin Froben erstellt.

Auch die Erdgaspipeline Nord Stream 2 von 1240 km Längen wurde dann von 2019 – 2021 gebaut, jedoch als politisch sehr umstrittenes Projekt nicht in Betrieb genommen.

## Die Sprengungen an den Erdgasleitungen Nord Stream 1 und 2

Im September 2022 wurden durch einen Sabotageakt 3 von 4 Leitungssträngen von Nord Stream 1 und 2 östlich von Bornholm zerstört und für weitere Lieferungen von russischem Erdgas nach Lubmin unbrauchbar.



Ein von der schwedischen Küstenwache erstelltes Foto zeigt die Freisetzung von Gas, das am 27. September 2022 aus einem Leck an der Gaspipeline Nord Stream 2 in der Ostsee austritt.

## Die Ostsee-Anbindungsleitung (OAL)

Zur Gewährleistung der Versorgung mit Erdgas verabschiedete der Bundestag das LNG-Beschleunigungsgesetz und legte vier Anlandungsterminals für LNG fest, darunter auch ein LNG-Terminal im Hafen von Mukran.

Zum Transport von regasifiziertem LNG von Mukran nach Lubmin war eine Gasleitung durch den Greifswalder Bodden erforderlich, um Deutschland und außerdem Südosteuropa mit Gas zu versorgen, um den Ausfall russischen Erdgases aufzufangen.

Damit war das Bergamt Stralsund mit der nächsten sehr großen Aufgabe als Genehmigungsbehörde gefordert. Das Bergamt ist zuständig für den Gasleitungsbau im Greifswalder Bodden zwischen Mukran und Lubmin, hat aber keine Zuständigkeit für das LNG-Terminal im Hafen von Mukran.

Die sehr anspruchsvollen Genehmigungsverfahren für den Pipelinebau in der Ostsee, mit vielen Problemen und Herausforderungen, hat das Bergamt Stralsund in Verbindung mit dem BSH Hamburg bearbeitet und rechtlich sicher gestaltet. Alle bisherigen Klagen wurden von den Rechtsinstanzen abgewiesen.

## Neugründung Land Mecklenburg-Vorpommern und eigenständiges Bergamt Stralsund ab 1990



Quelle: [WWW.FREEWORLDMAPS.NET](http://WWW.FREEWORLDMAPS.NET)

In der Wendezeit gab es bereits von der Obersten Bergbehörde in Leipzig eine Orientierung auf eine zukünftige Länderbergverwaltung. In bemerkenswerter Art und Weise griff die Solidarität der Bergleute bei der Wiedervereinigung Deutschlands. Erste Besuche, schneller Kontaktaufbau, wirksame Verwaltungsunterstützung und klare Orientierung auf das Umsetzen des Bundesberggesetzes in Verbindung mit dem Einigungsvertrag waren eine Vorrangaufgabe in der Übergangszeit.

Die Entwicklung in der Wendezeit 1990 wurde vom damaligen Leiter der Bergbehörde Staßfurt, Herrn Gerald Meyer, sehr stark unterstützt. Er brachte die erforderlichen rechtlichen Verwaltungsschritte auf dem Weg. Weitere intensive Unterstützungen wurden bereits im Februar 1990 vom Leiter des Bergamtes Meppen, Herrn Bergdirektor Franz-Josef Rölleke, gewährt, die insbesondere Informationen zur Anwendung der fachlichen und juristischen Entscheidungen im Bergrecht beinhalteten. Bei der Vorbereitung der

Entwicklung einer eigenständigen Bergverwaltung in M-V waren auf Hinweise des Wirtschaftsministers, Herrn Conrad Michael Lehment, die Organisationsform des Landes Baden-Württemberg zu prüfen. Dies führte zur direkten Kontaktaufnahme mit dem Landesbergamt Baden-Württemberg in Freiburg, welches von Herrn Bergdirektor Klaus Nast geleitet wurde. Informationsbesuche von Herrn Nast in Schwerin und in Stralsund sowie in einigen Bergbaubetrieben folgten. Gleichzeitig wurden Strukturpläne für das Bergamt Stralsund und das Referat Bergbau im Ministerium vorgeschlagen, die dann durch den Wirtschaftsminister, Herrn Lehment, bestätigt wurden. In Mecklenburg-Vorpommern brach eine neue Zeit an, als am 14. Dezember 1990 die eigenständige Bergverwaltung für Mecklenburg-Vorpommern gegründet wurde. Wesentlich dazu beigetragen hatte Herr Ministerialdirigent Thilo Schelling.

Es ist bedeutsame Arbeit der Herren Bergjuristen Dr. Zydek und Dr. Burkhard bezüglich der Regelungen zum Bergbau im Einigungsvertragsgesetz vom 23. September 1990 geleistet worden, die entscheidend für die Erhaltung, Neuausrichtung und progressive Entwicklung des Bergbaus in den neuen Bundesländern waren. Diese beiden beauftragten Juristen und der Bund-Länderausschuss Bergbau im Bundeswirtschaftsministerium haben für sehr harmonische und weitsichtige Festlegungen zum Bergbau sowie zur Umsetzung des Einigungsvertrages gesorgt. Mit vorgenannten Festlegungen, dem Bundesberggesetz und den Aktivitäten der Treuhandanstalt, wurden die Grundlagen für einen gelungenen Übergang des Bergbaus, aber auch für den Aufbau der Bergverwaltungen in den neuen Bundesländern gelegt.

Mit der Gründung des Bergamtes Stralsund wurden auf der Basis der vorhandenen Zulassungen der Bergbaubetriebe aus der DDR-Zeit in den drei ehemaligen Nordbezirken durch die neue Landesverwaltung M-V pragmatische Entscheidungen zur Anwendung gebracht, die keinen erheblichen Einbruch der Versorgung der Berg- und Bauwirtschaft verursachten. Die ca. 400 ehemaligen Bergbaubetriebe mit damals ca. 10.000 Beschäftigten wurden gemäß Festlegungen des Einigungsvertrages vom volkseigenen Status in den privaten Sektor überführt.

Der Treuhandanstalt wurden gemäß der Verordnung vom 15. August 1990 über die Verleihung von Bergwerkseigentum der damaligen DDR-Regierung in den neuen Bundesländern 861 Bergwerkseigentümer verliehen, davon im Land Mecklenburg-Vorpommern 126, für betriebene bzw. ausreichend erkundete Lagerstätten an mineralischen Rohstoffen.

Es war eine sehr aufregende und vom Aufbruch gekennzeichnete Zeit. Zügig, dennoch mit großer Rechtssicherheit, wurden Verwaltungsentscheidungen zur Privatisierung der vorhandenen Bergbaubetriebe mit dem Bestandsschutzstatus vom neu gegründeten Bergamt Stralsund im Sinne der Bundes- und Landesregierung zum forcierten Aufbau Ost getroffen. Vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehörten zum Gründungsteam des Bergamtes Stralsund, wobei Herr Ulrich Knöfler als amtierender Bergamtsleiter durch den damaligen Wirtschaftsminister Conrad Michael Lehment bestellt wurde. Die Fachleute, die an der Ausarbeitung des Einigungsvertrages mitgewirkt haben, hatten erkannt und berücksichtigt, dass sehr kurzfristig ein schnell steigender Bedarf an mineralischen Rohstoffen eintreten würde und die vorhandenen Lagerstätten umfassend genutzt werden mussten. Der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Steine-Erden-Rohstoffe wurde

dahingehend Rechnung getragen, dass diese mineralischen Rohstoffe als bergfreie Bodenschätze im Sinne des § 3 Abs. 3 Bundesberggesetz eingestuft wurden. Diese Entscheidung war seither stets umstritten, da somit zunächst in den alten und den neuen Bundesländern unterschiedliche rechtliche Regelungen zur Anwendung kamen. Nach überwiegender Meinung der Industrie und der Verbände war es im Rahmen der Kapitalisierung und Privatisierung der Unternehmen dadurch jedoch möglich, die dringend notwendigen Investitionen für eine effektive Gewinnung und Aufbereitung der mineralischen Rohstoffe in Angriff zu nehmen. Die Folge war die rasante Steigerung der Aufkommen an mineralischen Rohstoffen. Nachfolgend wurde die Rechtsangleichung durch ein Gesetz vom April 1996 vollzogen.

### **Zwischenstand zu den bergrechtlichen Entwicklungen von 1990 bis 2024**

Von 1990 bis 2024 sind durch das Bergamt Stralsund insgesamt ca. 1400 Anträge auf Erteilung bzw. Verleihung von Bergbaurechten nach Bundesberggesetz abschließend bearbeitet worden. Zu ca. 950 Anträgen wurden Bergrechte erteilt bzw. verliehen und in 450 Fällen erfolgte eine Versagung.

Die zweistufige Bergverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bestand aus dem Referat 402 im Wirtschaftsministerium und dem Bergamt Stralsund. Der zuständige Bergreferent im Wirtschaftsministerium war von 1990 bis 2002 Bergingenieur Martin Froben aus Schwerin. Der Leitende Bergdirektor Martin Froben war dann von 2003 bis 2011 als Bergamtsleiter in Stralsund tätig.

Die obersten Dienstherren für das Bergamt waren die Wirtschaftsminister Lehment (FDP) von 1990 bis 1994 und nachfolgend Dr. Ringstorff (SPD), Seidel (CDU), Prof. Dr. Eggert (SPD), Dr. Ebnet (SPD), Seidel (CDU) und Glawe (CDU). 2016 wechselte die Zuständigkeit des Bergamtes unter Regie des neu gebildeten Energieministeriums, oberster Dienstherr war Minister Pegel (SPD). Nach der Landtagswahl 2021 wechselte das Bergamt wieder in das Wirtschaftsministerium zurück und Herr Minister Meyer (SPD) wurde oberster Bergherr des Landes M-V. Das Bergamt Stralsund hatte im Jahr 2022 einen Personalstand von 18 Mitarbeitern und war in drei Dezernate aufgeteilt. Die Bergaufsicht erstreckte sich auf das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern, das vorgelagerte Küstenmeer und den Festlandsockelbereich mit 156 Unternehmen und 396 Bergbauobjekten sowie 1.100 direkt Beschäftigten. Zudem sind infolge der bergbaulichen Aktivitäten ca. 5.500 indirekte Beschäftigte zu verzeichnen.

In den Zuständigkeitsbereich fällt zudem die Aufsicht über 15 Altbergbauprojekte. Dazu gehören ehemalige Geothermie Bohrungen, die ehemalige Salzkaverne Wesenberg, die Kali- und Steinsalzschächte in Lübtheen, Jessenitz und Conow sowie der Braunkohlentiefbau im Raum Malliß und Conow. Hier ging es um Gefahrenabwehr aus der früheren bergbaulichen Tätigkeit auf der Grundlage der Zuständigkeitsverordnung M-V vom 27.02.1998.

Die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen bewegt sich bei ca. 25 Mio. t pro Jahr, wobei insbesondere die Kiessandgewinnung mit ca. 13 Mio. t dominant war. Von überregionaler Bedeutung sind die Gewinnung von Kreide und Spezialton.

Die Erdölgewinnung in der Region Vorpommern ist nach fast 60 Jahren Förderung bis auf die Restvorkommen in der Lagerstätte Lütow und Mesekenhagen erschöpft. Im Bereich der Insel Usedom ist jedoch die noch nicht in Nutzung befindliche Erdgaslagerstätte Heringsdorf mit ca. 11 Mrd. m<sup>3</sup> Gas vorhanden.

Das Bergamt Stralsund hatte einen besonderen Arbeitsschwerpunkt im Steine- und Erdenbergbau, der durch die aufwendigen Planfeststellungsverfahren geprägt war. Nach der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben bedurften eine Vielzahl von betriebsplanpflichtigen Vorhaben im Land MV einer solchen Bearbeitung, die im Rahmen eines bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens nach § 57a des BBergG vorgenommen wurden.

### **Zur historische Entwicklung des Bergbaus im heutigem M-V**

Bergbau, Bergleute und Bodenschätze hatten bis zum 18. Jahrhundert keine Bedeutung im heutigen Mecklenburg und Vorpommern. Bergbau mit seinen klassischen Leitlinien Eisen- sowie Bunt- und Edelmetalle entfällt aus geologischen Gründen. Es gab in der norddeutschen Naturlandschaft keine nützlichen Verbindungen zum Bergbau. Lediglich Solegewinnung und Siederei waren an zwei Standorten vorhanden. Die Schenkung der Saline Conow an das Zisterzienserklöster Eldena bei Malliß wurde urkundlich bereits am 28. August 1307 durch den Herzog Rudolf I. von Sachsen erwähnt. Trotz vieler Kriegshandlungen und Brandschatzungen sowie die Säkularisierung des Klosters Eldena im Jahr 1555, war eine sehr wechselvolle 450jährige Geschichte festzustellen.

Ein sehr erfolgreicher Salinist Mecklenburgs war der Salinenverwalter Jacobus Arends von 1652 bis 1658. Über die Standorte der Solegewinnung erschließt sich ein weites kulturgeschichtliches Feld, worüber viele Publikationen bestehen.

Der zweite Standort war Bad Sülze, angrenzend an Vorpommern, schaffte durch das Wirken von Salinendirektor August Ludwig Koch von 1827 bis 1863 überragende Fakten zum Salinewesen und zur Gradierkunst, die sehr übersichtlich in dem Buch „Bad Sülze“ von Dr. Johannes Mager im Jahr 1997 dargestellt wurden. Am Standort Bad Sülze befindet sich das 1953 gegründete Salzmuseum, was vom ehemaligen Chefarzt der Heilstätte, Herrn Dr. Kurt Fuchs aufgebaut wurde. Nach Umzug im Jahr 1971 in die Räume des ehemaligen alten Salzamtes wird hier die Geschichte der Salzgewinnung, des Moor- und Solbades und der Region Bad Sülze sehr anschaulich und informativ vermittelt. Ein Auszug aus der Web-Seite des Salzmuseums lautet: „Das Museum vermittelt die Salinen- und Kurgeschichte des Ortes, die über das Jahr der Ersterwähnung der Saline 1243 hinaus zurückreicht. Neben Dokumenten, einzelnen Sachzeugen zum Thema Salz und einer Reihe von Bildern, die im Museum ausgestellt sind, haben Sie hier auch die Möglichkeit, sich das Modell eines Gradierwerkes einmal aus unmittelbarer Nähe anzuschauen.“



Salzmuseum Bad Sülze - Foto: U. Knöfler

### **Regionalmuseum “ Hans-Joachim Bötefür “ Neu Kaliß**

Die historische Geschichte des Braunkohlenbergbaus in S-W Mecklenburg kann im Regionalmuseum Neu Kaliß in der alten Dorfschule betrachtet werden. Der Lehrer Herr Hans-Joachim Bötefür und seine Frau haben in Verbindung mit dem Heimatverein Malliß Details der bergbaulichen Entwicklung des Braunkohlenbergbaus zusammengetragen.

Herr Bötefür hat in seinem Buch „Ich fahr in tiefe Schächte ein“ sehr interessant und mit Fotos belegt die Bergbaugeschichte des Reviers dargestellt.

### **Altbergbau in Südwest-Mecklenburg und Verwahrungsarbeiten**

Die Mallißer Braunkohlenvorkommen am Südwesthang des Wanzeberges bestehen aus einer Wechsellagerung von tonigen, schluffigen und feinsandigen Sedimenten des Untermiozäns, in denen drei Flöze von 1 m bis 3 m Mächtigkeit eingelagert sind. Insgesamt wurden 1.745.100 t Braunkohle im Tiefbau gewonnen und vermarktet; eine verhältnismäßig bescheidene Förderung über einen sehr langen Zeitraum (1817 bis 1960). Über eine Fläche von ca. 120 ha war der Tiefbau ausgedehnt, und die Sicherung der Förderstrecken, der Schächte und Stollen wurde durch Holzausbau vollzogen. Ein Versatz der entstandenen Hohlräume wurde nicht vorgenommen, sondern das Zubruch gehen der Abbaufelder und der Strecken nach Verrottung der Grubenhölzer kalkuliert. Das gesamte Bruchgebiet ist bewaldet und als Bergschadensgebiet der Öffentlichkeit bekannt. Seit Jahrzehnten werden Senkungen, Tagesbrüche und Schadensfälle durch die zuständigen Bergverwaltungen registriert, und es wurden markscheiderische Vermessungen mit Kontrollen und Gefahrenbewertungen durchgeführt.

Die Bergbehörde Staßfurt leitete ab 1970 intensive Sicherungsmaßnahmen zur Verwahrung der abgesoffenen Kalischächte Lübtheen und Conow ein, weil an diesen Standorten zu DDR-Zeiten Industrieanlagen geschaffen wurden und Bergschäden ausgeschlossen werden mussten. Aber auch das ehemalige Braunkohlengebiet Malliß wurde



Die schönste Bergbaugeschichte wurde mit der Sanierung des Mundloches des Marienstollens von 1996 bis 2000 geschrieben, als bei Sanierungsmaßnahmen die vermauerte Betstube entdeckt und gesichert wurde. Details zum ehemaligen Braunkohlentiefbau sind heute im Regionalmuseum Neu Kaliß zu besichtigen.



Der Marienstollen nach der Sanierung  
Foto: U. Knöfler

Die Nutzung der bedeutsamen Braunkohlen-Lagerstätte Lübtheen konnte trotz intensiver Bemühungen der IHK zu Schwerin und des Bergamtes Stralsund im Zeitraum von ca. 1994 bis 1998 nicht gesichert werden. Der damalige Inhaber der Erlaubnis hat die eingeräumten geologischen Untersuchungen des Standortes nicht umfassend genutzt. Das ehemalige Raumordnungsprogramm der Region Westmecklenburg hat den bedeutsamen öffentlichen Wert der Lagerstätte gewürdigt und konkurrierende Mitnutzungen lange zurückgestellt. Heute ist dieses Areal dem Naturschutz gewidmet.

Der Friedrich-Franz-Schacht Lübtheen wurde 1980 im Auftrag und unter Kontrolle der zuständigen Bergbehörde Staßfurt endgültig verfüllt. Die bergsichere Verfüllung des Kalischachtes Conow im Jahr 1996 und des Kalischachtes Herzog-Regent Jessenitz im Jahr 2000 erfolgte unter Aufsicht des Bergamtes

Stralsund. Die bergsichere Verwahrung wurde durch Spezialbetriebe und Planungsbüros wie ERCOSPLAN Erfurt, BLZ Geotechnik Gommern, Bergsicherung Ilfeld und den Nordseetauchern aus Hamburg vorgenommen. Die erforderlichen finanziellen Mittel zur Gefahrenabwehr wurden von der Landesregierung M-V bereitgestellt, um die Nachnutzung der Standorte zu gewährleisten.



Verwahrung des Schachtes Jessenitz im Jahr 2000, hier mit einer Bohrmannschaft der BLZ Gommern und Vertretern des Bergamtes Stralsund, links im Bild Thomas Triller und Ulrich Knöfler

Foto: Bergamt Stralsund

## Der Kreideabbau auf Rügen

Vor etwa 70 Millionen Jahren in der sog. Maastrichtfolge, als jüngste Formation der Oberkreide, ist die „Rügener Kreide“ entstanden. Tektonische Vorgänge, zuletzt die Eiszeit vor ca. 12.000 Jahren, haben die weiße Schreibkreide auf der Insel Rügen mit einer Mächtigkeit von 100 m bis 160 m sichtbar werden lassen. Auf der Halbinsel Jasmund ist diese Kreide in einmaliger Schönheit als Steilküste zur Ostsee ausgebildet und durch herrliche Buchenwälder überwachsen. Eine phantastische Naturlandschaft und als „Nationalpark Jasmund“ mit dem höchsten Schutzstatus versehen.

Außerhalb des Nationalparks sind die Standorte des Kreidebergbaus mit den Tagebauen Promoisel und Goldberg bergrechtlich und raumordnerisch langfristig gesichert. Der Tagebau Wittenfelde wurde eingestellt.

1832 erhielt der Loitzer Kaufmann Friedrich von Hagenow das Nutzungsrecht der Kreidebrüche in der Stubnitz, und es war die Geburtsstunde des Kreidebergbaus im Raum Sassnitz.

Die Kreidegewinnung erfolgte zunächst manuell, später mit einfachen Maschinen und heute mit modernen Schaufelradbaggern. Der Transport der Rohkreide erfolgte mittels Werkbahn bis 1991 vom Tagebau Wittenfelde und ab 1992 mittels Bandanlagen vom Tagebau Promoisel zur Aufbereitung und Produktenherstellung in Klementelvit.

Im 19. Jahrhundert war der Absatz an Fertigprodukten noch sehr bescheiden, was sich mit dem Eisenbahnanschluss von Rügen um 1880 änderte.

Der Kreideumschlag wurde jedoch überwiegend über die Häfen Sassnitz und Martinshafen am Jasmunder Bodden abgewickelt, wobei Großabnehmer die Portlandfabriken im Raum Stettin waren. Allein im Jahr 1928 wurden aus den vielen Kreidebrüchen auf der Halbinsel Jasmund ca. 500.000 t Rohkreide verladen, während die Schlämmerkreideherstellung mit ca. 80.000 t angegeben wird.



Kreidegewinnung Tagebau Promoisel

Foto: U.Knöfler

Zu DDR-Zeiten wurde das neue Kreidewerk Klementelwitz für eine Jahresproduktion von ca. 120.000 t bis 185.000 t Schlämmerkreide aufgebaut. Die Kreidegewinnung wurde von 1962 bis 1994 vorrangig aus dem Tagebau Wittenfelde realisiert. 1988 begannen die Erschließungsarbeiten in dem jetzigen Tagebau Promoisel, der noch einige Jahre wirtschaftlich genutzt werden kann.

Nach der Privatisierung des Kreidewerkes Rügen durch die Treuhandanstalt Berlin im Jahr 1994 an die Damann KG in Verbindung mit der Omya AG wurden Investitionen von ca. 50 Mill. DM getätigt, die eine vollständige Modernisierung und Rationalisierung der Gewinnung, der Aufbereitung und des Marketings bedingten. Heute gehört das Kreidewerk Rügen zu den leistungsstärksten Standorten in der Branche und in Deutschland mit einer Jahresproduktion bis zu 450.000 t Kreideprodukten.

Um die Sortimentsauffüllung des Kreidebedarfes zu sichern, ist ein weiterer Kreidetagebau südlich der B 96 erkundet und bergrechtlich gesichert. Das Planfeststellungsverfahren für den zukünftigen Kreidetagebau Goldberg ist beim Bergamt Stralsund beantragt und gerichtsfest abgeschlossen worden.

Die Wiedernutzbarmachung der ehemaligen Tagebaue ist langfristig in die Landschaftsplanung der Halbinsel Jasmund integriert. Der geflutete Tagebau Wittenfelde wurde auf Grund seiner direkten Angrenzung an den Nationalpark Jasmund für die Einbeziehung

mit vorbereitet und hat mit seinem erheblichen Naturpotential zum gezielten Ausgleich der bergbaulichen Eingriffe beigetragen.

### **Kreidemuseum Rügen in Gummanz**

Ein Auszug aus der Web-Seite des Kreidemuseums lautet:

„Über die Entstehung der Kreide, über die geologischen Verhältnisse und die eingelagerten Feuersteine, ihren Abbau und Nutzung, über die sozialen Bedingungen und das Umfeld kann man im Kreidemuseum umfassend informiert werden.“

Das Kreidemuseum ist 2005 in dem ehemaligen Kreidebruch Gummanz eröffnet worden und berichtet mit Fakten und Exponaten über den traditionellen und gegenwärtigen Kreideabbau sowie die Aufbereitungsprozesse.“

Auch ein Büchlein von Manfred Kutscher „Die Kreide“ mit Beiträgen von Hans Knoth und Günter Muth vermitteln Daten und Wissen über die Kreideindustrie in den zurückliegenden 180 Jahren.



Kreidemuseum Gummanz – Foto: Kreidemuseum

### **Der Bergbau in den Nordbezirken der DDR**

Beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg waren in West- und Ostdeutschland der Bergbau, die Stahl-, Eisen- und Chemieindustrie, der Maschinenbau, die Bau- und Landwirtschaft die maßgeblichen Träger der Wirtschaft und der Beschäftigung.

In Ostdeutschland wurde 1946 die Auflösung der Bergämter beschlossen und in Technische Bergbauinspektionen(TBBI) umbenannt. 1959 wurden zum Zwecke der Gewährleistung der Arbeits- und Bergbausicherheit die Oberste Bergbehörde der DDR in Leipzig mit sechs nachgeordneten überregionalen Bergbehörden gegründet und die TBBI aufgelöst.

Mit der Bildung der Bergbehörde Staßfurt im Jahr 1960 war auch die Zuständigkeit dieser Behörde für die Bezirke Magdeburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und Neubrandenburg gegeben.

Die Erdöl- und Erdgasindustrie war in den Nordbezirken und in der Altmark dominant und gleichzeitig eine Gefahrenquelle, was die Bergbau- und die öffentliche Sicherheit durch Erdöl- und Gasausbrüche gefährden konnte.

Die Aufgaben der Bergbehörde waren die Umsetzung der bergrechtlichen Vorschriften, die Zulassung von Betriebsplänen, die Beaufsichtigung der Arbeits- und Betriebssicherheit, die Untersuchung von Vorkommnissen sowie Unfällen, die Gefahrenabwehr für Dritte, die Auskunftserteilung zu bergbaulichen Vorhaben und Bergschadensgebieten sowie der Lagerstättenschutz.

Die Lagerstättenerkundung und die optimale Nutzung der Lagerstätten erforderten eine sehr enge Beziehung zwischen der amtlichen Geologie und der zuständigen Bergbehörde.

Das Berggesetz der DDR vom 12. Mai 1969 ordnete die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Obersten Bergbehörde und ihrer nachgeordneten Einrichtungen eindeutig und abgrenzend zu den Bergbaubetrieben.

Gleichzeitig wurden auch die gesamte Steine- und Erden-Industrie, der Festlandsockelbereich, die Erdwärmennutzung und die unterirdische Speicherung der staatlichen Bergaufsicht unterstellt.

Weitere Spezialgebiete waren die Beaufsichtigung der Halden und Restlöcher, wenn diese größer als 1 ha und höher oder tiefer als 10 m waren, die Geophysik mit Sprengwesen, die Wassererkundung über 100 m Teufe und alle geophysikalischen Vermessungen.

Im Steine-Erden-Bergbau der drei Nordbezirke war die Gewinnung vorrangig auf Kiese, Sande, Kreide, Ziegelton, Spezialton, Torf, Raseneisenerz konzentriert und betrug ca. 8 bis 13 Mill. t pro Jahr. Eine Berichterstattung und Veröffentlichung der Daten wurde nicht vorgenommen. Die Staatliche Plankommission der DDR konnte sich auf eine gute Datenlage zu den Rohstoffressourcen stützen, die einer strengen Vertraulichkeit unterlag.

## **Die Erdöl- und Erdgasförderung in der DDR**

Mit dem Erdölfund auf der Bohrung E Reinkenhagen 2/ 2a/ 60 am 21. März 1961 wurde die Erdölgewinnung im Gebiet Grimmen und später darüber hinaus im Nordosten der DDR eingeleitet. Sie hatte in der geologischen Formation des Zechsteins bei Teufe 2300 m einen druckstarken Speicherhorizont mit einem Lagerstättendruck von mehr als 400 bar angetroffen.



Die Bohrung E Rei 2 steht heute als Technisches Denkmal auf dem Gelände des Erdölmuseums Reinkenhagen und stellt das Herzstück einer Fachausstellung in diesem einmaligen Industrie-Museum in Ostdeutschland dar

Foto: U. Knöfler

1961 begann die intensive Suche auf dem Grimmener Wall und erbrachte den Nachweis von weiteren Förderfeldern in Reinkenhagen, Grimmen, Papenhagen und Richtenberg. Es waren aber auch herbe negative Bohrergebnisse bzgl. der Fündigkeit im Raum Barth, Rügen, Hiddensee, Greifswald, Wolgast feststellbar. 1965 wurde die Bohrung E Görnitz 1 auf dem Förderfeld Lütow auf der Insel Usedom fündig, und bestätigte eine größere Erdöllagerstätte, die dann umfassend erschlossen wurde. Die Förderung von mehr als 1 Mio. t Erdöl und ca. 280 Mio. m<sup>3</sup> Erdgas erfolgt bis heute.

1979 bis 1986 wurde bei der Zechsteinerkundung auf der Insel Usedom die Erdgaslagerstätte Heringsdorf nachgewiesen. Durch aufwendige Richtbohrungen unter die Ostsee und eine Testförderung auf der Bohrung Heringsdorf 3 konnte ein Lagerstättenvorrat von ca. 11 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas berechnet werden. Der Aufschluss der Lagerstätte musste 1986 aus Devisenmangel der DDR eingestellt werden. Bis heute sind die bereits verteuften zwei Bohrungen am Schloensee in Bansin nicht in Nutzung.

Zu DDR-Zeiten wurden 517 Bohrungen auf Erdöl und Erdgas verteuft und ein enormes Potenzial an geologischen Erkenntnissen gesichert. Der 1962 gegründete Erkundungsbetrieb in Grimmen nahm die eigenständige geologische Erkundung sowie die Erdöl- und Erdgasförderung auf.

2200 Beschäftigte als Bohr- und Förderspezialisten, Geologen, Ingenieure und leistungsfähige Bohr-, Test- und Förderbrigaden sowie erfahrene sowjetische Fachkader begleiteten anfänglich die intensiven und erfolgreichen Arbeiten.

1964 begann mit der Basisbohrung Barth 1 die Erkundung des tieferen Untergrundes im Rotliegenden. Dazu wurden drei komplette sowjetische Bohranlagen vom Typ Uralmasch-3D importiert und durch komplette sowjetische Bohrbrigaden, gemischt mit deutschem Personal, besetzt. Damit wurde höchste Regierungspolitik der DDR umgesetzt. Die Bohrung Barth 1/63 bohrte bis April 1966 und erreichte mit der Endteufe von 5505 m das Oberkarbon mit einem Steinkohleflöz.

Durch den VEB Erdöl-Erdgas Grimmen wurden 27 übertiefe Bohrungen, d.h. Teufen über 5000 m, von 1963 bis 1989 gebohrt. Die Bohrbrigaden arbeiteten sehr zuverlässig,

wurden von sehr gut ausgebildeten und praxiserfahrenen Anlagenleitern, Bohringenieurern, Technologen, Spülungsingenieuren, Wissenschaftlern, Geologen, Technikern, Handwerkern und Servicevertretern bei Rohreinbauten, Zementationen, Geophysik-, Test- und Montagearbeiten unterstützt.

Die Spitzenbohrungen über 7000 m waren die Parchim 1/68, Loissin1/70, Boizenburg 1/74 und Pröttlin1/81. Die Bohrung Pudagla1/86 erreichte 7550 m. Die Bohrung Schwerin 1/87 wurde mit einer neuen rumänischen F500-Bohranlage in knapp 2 Jahren auf 7343 m verteuft, jedoch nicht fündig.

Die Rekordbohrung Mirow 1/74 wurde nach 3 Jahren mit dem Europarekord von 8008,6 m im Autun eingestellt. Diese Spitzenleistungen wurden durch die Bohrmeister Harald Lindner und Jochen Weseberg und ein sehr gutes technisch-geologisches Management von engagierten Mitarbeitern unter herausfordernden Bedingungen gesichert.

Die Bergbehörde Staßfurt musste zu diesen Spitzenbohrungen einige Betriebsplanverfahren ändern und Ausnahmegenehmigungen erteilen sowie ein sehr intensives Kontrollsystem zur Anwendung bringen. Den enormen Temperatur- und Lastanforderungen, der Gewährleistung der technischen Sicherheit für das Turmgerüst und die Elmagco-Bremse sowie höchsten Anforderungen an die Spülungseignung und Spülungspumpen musste sowohl für den Winter- als auch den Regularbetrieb Rechnung getragen werden.

Auch die Entwicklung der Erdöl- und Erdgasförderung in den Förder- und Aufbereitungsstationen Reinkenhagen und Lütow war Neuland und war mit vielen Problemen belastet, zumal es sich um explosive Stoffe handelte. Druckbeherrschung, Paraffinablagerungen, Sonden- und Leitungsbehandlungen, Dosierung von Wasser und Tensiden oder Transportprobleme sollen nur als Stichworte genannt werden. Die Förderspezialisten gingen mit der Untertagesmesstechnik, mit der Steuer- und Regelungstechnik und der Installation von Heater-Treater-Anlagen, Separatoren sowie mit der Gewährleistung des Brand- und Explosionschutzes sehr sorgfältig um.

Auch die Erdöl- und Erdgasförderung in der Lausitz, in Kietz im Oderbruch, die Förderstationen Atterwasch, Tauer und Rüdersdorf gehörten zum Arbeitsgebiet des Betriebes Erdöl/Erdgas Grimmen (EEG) und damit zum Arbeitsbereich der Außenstelle Stralsund der Bergbehörde Staßfurt.

Auch auf dem Fischland wurde einige Jahre Erdöl auf dem Förderfeld Wustrow gewonnen. Die Fündigkeit der Bohrung E Wustrow 3/77 im Staßfurtcarbonat im Juli 1977, also in der Urlaubs-Hauptsaison an der Ostsee und auf dem Fischland, war für die „Erdöler“ und die „Touristiker“ eine besondere Herausforderung. Der Zwischentest der Bohrung erforderte die komplette Sperrung der einzigen öffentlichen Zufahrtsstraße zwischen Dierhagen und Wustrow für 36 Stunden. Dieser Test bestätigte eine wirtschaftliche Erdölfündigkeit und löste ein intensives geologisches Suchprogramm auf dem Fischland aus. Noch 1977 wurden drei weitere Bohrungen verteuft, jedoch alle ohne eine Erdölfündigkeit abgeschlossen. Die Ursachen der Nichtfündigkeit waren, dass der aufgeschlossene Speicher als Kluftspeicher ausgebildet und lokal begrenzt war. Bis 1989 konnten aus der Lagerstätte Wustrow 7.946 t Erdöl und 2.842.000 m<sup>3</sup> Erdölbegleitgas gefördert werden.

Das Erdölfeld Mesekenhagen wurde 1989 als letztes DDR-Vorkommen fündig und 1990 nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Nutzung genommen. Es fördert heute noch wirtschaftlich eine begrenzte Menge Erdöl, die der englische Betreiber Neptune Energy Deutschland mit Sitz in Lingen vermarktet.



Standorten von Neptune Energy (Quelle: Neptune Energy)

Der VEB EEG bearbeitete sehr komplizierte Aufgaben, wie z.B. Flachwasserbohrungen im Greifswalder Bodden, die Verteufung von leistungsstarken Erdgasbohrungen im Rotliegenden der Altmark, komplette Testarbeiten in der CSSR, die Mitwirkung in der gemeinsamen Organisation „Petrobaltic“ in Polen, dem Dienstleistungsexport bei der Erkundung von Erdölfeldern in die Republik Irak, Tiefbohrarbeiten auf der Gaskondensat-lagerstätte Karatschaganak in Kasachstan sowie die Investitionsbeteiligung an der Erdgastrasse Jamburg-DDR in der Sowjetunion.

Die Bohrarbeiten in der Republik Iran in den Jahren 1975 bis 1988 waren mit vielen spezifischen Problemen begleitet. Die Bergbehörde Staßfurt war nicht in die Auslandstätigkeit involviert.

Die Bergbehörde Staßfurt hat das Genehmigungsverfahren für die Offshore Erkundung in der Ostsee durch den Betrieb GOP „Petrobaltic“ Gdansk für vier Bohrungen auf dem Festlandsockel der DDR komplett bearbeitet und sich sehr intensiv mit den Fragen der Gewährleistung der Bergbausicherheit, des Umweltschutzes und der Eruptionssicherheit auf dem Meer beschäftigt.

Bei der Genehmigung der Offshoretätigkeit auf dem Meer wurden auch die internationalen Erfahrungen bei der Zulassung von Meeresbohrungen im Kaspischen Meer und in der Nordsee beachtet. Es kam zur Zusammenarbeit mit der polnischen Bergverwaltung in Poznan, mit der Leitung von GOP Petrobaltic in Gdansk sowie mit der paritätischen Anlagenleitung auf der Bohrplattform vom Typ Levingston 111c.

Die erste Genehmigung auf dem DDR-Schelf erfolgte 1986 durch die Bergbehörde Staßfurt für die Bohrung G-14 vor Nordrügen. Sehr tragisch endete auf der Bohrung H 9-1/87 Ende Februar 1987 der Landeanflug eines Hubschraubers, als dieser mit dem Heckteil die Tragstützen der Bohrplattform berührte und mit 18 Personen an Bord in die Ostsee stürzte. 14 Personen konnten gerettet werden, während 4 polnische Staatsbürger tödlich verunglückten.

Es konnten auf dem polnischen und damals dem sowjetischen Schelf der Ostsee wirtschaftliche Erdöllagerstätten nachgewiesen werden, aus denen nur in Polen gefördert wurde. Auf dem DDR-Schelf der Ostsee wurden keine Erdöl- oder Erdgas-Vorkommen gefunden.

Zur Leistungsbereitschaft für die geologischen, technologischen und wissenschaftlichen Herausforderungen brauchte man hochqualifiziertes Personal, was sehr sorgfältig ausgewählt und ausgebildet wurde, sowohl an Geologischen Instituten, Hochschulen, Bergakademien, Bergingenieurschulen im In- und Ausland, aber auch an betriebseigenen Meister- und Berufsschulen und auf einer Lehrbohranlage in Grimmen.

Die Brand- und Explosionsgefahren beim Bohren, Testen und Fördern erforderten im Interesse der Bergbausicherheit und der öffentlichen Sicherheit das Vorhalten einer ständigen Gasschutzwehr mit Spezialgasschutztechnik. Es war eine regelmäßige Ausbildung, Schulung und Überprüfung der Gesundheitseignung der Gasschutzwehrmitglieder erforderlich. Die Schulung und die Eignungsuntersuchungen des Führungspersonals erfolgten bei der Zentralen Rettungsstelle der Obersten Bergbehörde in Leipzig. Zur Vermeidung von Eruptionen und Vorkommnissen war eine hochqualifizierte Sicherheitsinspektion im EEG aufgebaut, die in Verbund mit der Abteilung Bohrlochsicherungen und dem Speicherdienst die Freigabe der technologischen und personellen Maßnahmen gemäß den Bergbauvorschriften und Bergverordnungen vollzog.

Die Bergbehörde Staßfurt hat unter Leitung der Bergbehördenleiter Herbert Tomaschek und Martin Liefhold die komplette Beaufsichtigung der Geologischen Industrie wahrgenommen.

Die Außenstelle Stralsund hatte über Jahrzehnte die gesamten Zulassungen der Betriebspläne in den Nordbezirken bearbeitet, die Einhaltung der Bergverordnungen kontrolliert und die Gewährleistung der Bergbausicherheit inspiziert.

Es gab auch mehrere dramatische Vorkommnisse mit schweren Havarien, Arbeitsunfällen sowie sehr hohen Sachschäden. Die Eruption auf der Bohrung E Rambow 12/69, Anlage 145 des VEB Erdöl und Erdgas Grimmen, am 25. Juli 1969 war eine der folgenreichsten Katastrophen. Durch eine Explosion von unkontrolliert ausströmenden Erdgas mit Brandfolge erlitten sieben Bohrarbeiter und technisches Personal schwerste Verbrennungen und der Anlagenleiter verstarb. Es trat Totalschaden auf dem Standort ein. Der Hergang und die Folgen sind in der Chronik des Grimmener Erdölbetriebes lesbar.

## **Die Umwandlung des VEB Erdöl Erdgas Grimmen**

Am 1. Juli 1990 wurde eine Holdinggesellschaft Erdöl Erdgas Gommern GmbH gebildet, in die die ehemaligen Betriebe des Kombines Erdöl und Erdgas eingebracht wurden. Zum 1.1.1992 wurde das Unternehmen an die Treuhandanstalt Berlin übertragen. Zum 1.1.1994 erfolgte die Privatisierung von der Treuhandanstalt Berlin an das französische Unternehmen Gaz de France.

Damit ging eine sehr bedeutsame und nachhaltige Entwicklung der geologischen Industrie zu Ende, die eng mit der expansiven Energiepolitik der DDR gekoppelt war. Es konnte mit ertragreichen Funden die eigenständige Energieversorgung mit Kohlenwasserstoffen stabilisiert werden. Der Übergang in die Marktwirtschaft nach der Wiedervereinigung Deutschlands war somit auch für viele ehemalige Betriebsangehörige gelungen, weil sie eine Anschlussarbeit dank der guten Qualifikation fanden.

## Das Erdölmuseum Reinkenhagen

Das Buch „Schatzsucher“, erarbeitet, gestaltet und herausgegeben vom Förderverein „Erdöl und Heimat e.V.“ des Erdölmuseums Reinkenhagen, stellt eine Chronik des Grimmener Erdölbetriebes dar, dass über die Entwicklungsetappen sehr detailliert berichtet. Es ist sehr, sehr wertvoll! Es wurden einzelne Angaben in diesem Beitrag verwendet. Das markanteste Ausstellungsobjekt auf dem Museumsgelände ist der unter Denkmalschutz stehende Tiefpumpenantrieb der ersten Erdölförderbohrung Reinkenhagen aus dem Jahr 1961.



Übergabe der Denkmallurkunde am 8. Oktober 2014 an den Vorsitzenden Dieter Landes des Fördervereins Erdöl und Heimat für die Erdölsonde Rei 2/61 mit Tiefpumpe am Standort Reinkenhagen durch den Direktor Dr. Michael Bednorz vom Landesamt Kultur und Denkmalpflege M-V. Foto: Förderverein

Auf dem weitläufigen Außengelände des Erdölmuseums sind eine Vielzahl von Großexponaten zu besichtigen, während im Gebäude imponierende Dokumentationen, Modelle und Sammlungen vorhanden sind.



Der Eingangsbereich des Erdölmuseums – Alte Dorfstraße10, 18519 Reinkenhagen  
Foto: U. Knöfler



Großgeräte und Aggregate mit Erläuterungen - Foto: U. Knöfler

Die Pflege der Fachausstellungen, die Reparatur und Wartung der Exponate, die Aktualisierung der Dokumente, die Traditions- und Kontaktpflege mit vielen Verbündeten, die Bildungs- und Informationsaufgaben werden von den fast 90 Mitgliedern des Fördervereins und ganz wichtigen Sponsoren seit über 25 Jahren durchgeführt. Von ehemaligen Betriebsangehörigen, einem starken Führungsteam unter Leitung von D. Landes, D. Schwahn, B. Schöne, K. Wähler, H. Kaiser, W. Mägel, Frau D. Hellwig, A. Banse und weiteren Freunden sowie der Gemeinde Sundhagen, als Eigentümerin des Museumsgeländes, mit der Museumsleiterin Frau Prütz und den Bürgermeistern, wurde das Erdölmuseum erfolgreich organisiert und auch ständig weiterentwickelt. 2024 trat durch die Überalterung und den Tod von Vorstandsmitgliedern des Fördervereins eine kritische Situation für das Fortbestehen des Erdölmuseums ein, die jedoch

durch die Neuwahl des Vorstandes und durch die Integration von jüngeren Mitgliedern sowie Einbeziehung des Landrates Vorpommern-Rügen gelöst werden konnte.

## **Der Bergbau nach der Wiedervereinigung Deutschlands**

Als am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen wurde, endeten auch die rechtlichen Grundlagen für den bis dahin extensiv geführten Bergbau der DDR. Im Einigungsvertrag vom September 1990 war festgelegt (Anlage I zu Art. 8 Kapitel V Abschnitt III Sachgebiet D: Recht des Bergbaus), dass das Berggesetz der DDR und dessen Durchführungsbestimmungen durch das Bundesberggesetz vom 13. 08.1980 ersetzt werden, wobei sehr großzügige Übergangsbestimmungen bis 1996 galten.

Es wurden wichtige Maßgaben zur Aufrechterhaltung und Übertragung der Untersuchungs-, Gewinnungs- und Speicherrechte festgeschrieben, die die Bergbauproduktion sicherten und die zugelassenen Betriebspläne der Unternehmer und neuen Betreiber in ihrem Bestand schützten.

Die generelle Ausgestaltung der geltenden Verfahren, Technologien und Sicherheitsvorschriften, Bergverordnungen und Verfügungen nach Bundes- und Landesrecht wurde den zuständigen Bergverwaltungen übertragen, wobei der Länderausschuss Bergbau (LAB), im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn und Berlin angesiedelt, die Koordination und Gestaltung eines einheitlichen Bundesrechts überwachte.

Damit war eine einheitliche Auslegung des Bergrechts zwischen Alpen und Ostsee sowie Oder und Rhein gesichert, was ein ganz entscheidender Vorteil für ein effizientes Handeln der Bergwirtschaft und der Bergverwaltung in Deutschland war.

Die guten Rahmenbedingungen des Einigungsvertrages lösten ein starkes Interesse an der Gewinnung von Rohstoffen und eine Antragsflut nach alten und neuen Bergrechten bei den Bergämtern in den neuen Bundesländern aus.

Mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen vom 15.04.1996 endete die „Goldgräberstimmung“ in den neuen Bundesländern sehr schnell.

Das am 14.12.1990 neu gebildete Bergamt Stralsund, zuständig für alle Bergbaubelange des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Festland, Küstenmeer und Festlandsockel), hatte ca. 400 Bergbauobjekte mit etwa 160 Betreibern und mit ungefähr 10.000 Beschäftigten zu beaufsichtigen.

Die Bergverwaltung M-V hatte im Jahr 2000 ihre 100jährige Gründung mit einer Festwoche in Schwerin unter Anwesenheit sehr prominenter Persönlichkeiten aus der Politik, dem Landtag M-V, der Wirtschaft und der gesamten deutschen Bergverwaltung gefeiert. Der damalige Schirmherr war der Wirtschaftsminister M-V, Herr Prof. Dr.-Ing. Eggert, der die Jubiläumsfeier stark unterstützte.

Die Anwesenheit der Urenkelin Herzogin zu Mecklenburg von Solotkoff des damaligen Gründers Großherzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin und der Mitglieder des Länderausschuss Bergbau der BRD waren eine besondere Ehre.

Das Bergamt Stralsund wurde von 1991 bis 2002 von Dipl.-Ing. Ulrich Knöfler, 2003 kurzfristig von Dipl.-Ing. Waldemar Sorge und ab September 2003 bis 2010 von Ltd. Bergdirektor Martin Froben geleitet. Ab 2011 leitet Ltd. Bergdirektor Thomas Triller das Bergamt Stralsund.

## Die Bergverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bergverwaltung in der BRD ist jeweils Länderaufgabe und ist aktuell in jedem Land anders geregelt. Es gibt ein höchstes Gremium, den Länderausschuss Bergbau, der beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist, wo die zentralen Aufgaben der Bergwirtschaft in der BRD und der EU koordiniert und geregelt werden. In diesem Gremium sind der Landesbergamtsleiter und der Abteilungsleiter aus dem jeweiligem Ministerium vertreten. Zweimal im Jahr tagt der Länderausschuss im Bundeswirtschaftsministerium und jeweils in einem anderen Bundesland. Das Bundesberggesetz vom 13. August 1980 und seine Novellen sind für den Bergbau in der Bundesrepublik geltendes Recht. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist im Einigungsvertrag vom 31.08.1990 geregelt und umfasst auch den Bergbau.

Der Bergbau und die Bergleute waren über Jahrhunderte eine sehr gut organisierte Solidaritätsgemeinschaft, die dem Wohl der Knappen diente. Hieraus haben sich tolle Traditionen entwickelt, die bis in unserer heutigen modernen Zeit gehegt und gepflegt werden. Die Schutzpatronin der Bergleute „Die heilige Barbara“ begleitet uns auf allen Bergobjekten und Betstuben.

Bergmannsvereine pflegen stillgelegte Zechen, Stollen, die Wasserkunst, das Schrifttum, die ehemaligen Ausrüstungen, Geräte, prachvolle Bergmannsuniformen und museale Einrichtungen.

Bei Zusammenkünften werden Bergmannslieder und geistige Musik zelebriert. Das „Steigerlied“ ist die Hymne der Bergleute.

Die ehemaligen Landesbergamtsleiter treffen sich jährlich jeweils in einem anderen Bundesland. 2020 sollte das Treffen in Stralsund sein, wurde infolge Corona abgesagt. Nach Erfurt 2021, Freiberg/Sa. 2022, Hattingen NRW 2023 wurde das Treffen 2024 in Stralsund durchgeführt. Die Veranstaltung in M-V organisierten Ulrich Knöfler und Thomas Triller im Verbund. Die Unterbringung der Teilnehmer erfolgte im Hotel Baltic Stralsund.



Teilnehmer des Treffens vor dem Bergamt Stralsund  
Foto: Ulrich Knöfler

Das Treffen 2025 erfolgt in Ballenstedt im Harz.

## **Literaturverzeichnis:**

Der Autor hat einige Fakten aus seinem Wissen und aus der nachgenannten Literatur, wie „Schatzsucher, eine Chronik des Grimmener Erdölbetriebes 1961 – 1990“, aus den Jahresberichten „Bergbau in M-V“ und aus der „Festschrift zur 100jährigem Gründung des Großherzoglichen Bergamtes Hagenow“ des Wirtschaftsministeriums Schwerin und des Bergamtes Stralsund genutzt.

Auch die Broschüre „20 Jahre Bergamt Stralsund“ des Wirtschaftsministeriums M-V und des Bergamtes Stralsund, vorrangig von Herrn Martin Froben und seinem Team erstellt, sowie Auskünfte und Manuskriptbeiträge von langjährigen Mitarbeitern der Bergbehörden und des Bergamtes Stralsund wurden verwendet. Auch die Festschrift „125 Jahre Kiessandtagebau Neubrandenburg-Hinterste Mühle“, eine Sonderausgabe der Neubrandenburger Geologischen Beiträge 2001 sowie Beiträge von Autoren von Bergbau- und Geologie- Veröffentlichungen in M-V, sind in diesem Aufsatz angeführt worden. Die Fotoquellen wurden jeweils angegeben, wobei auch Fotos aus dem Internet genutzt wurden.

## **Nachwort:**

Ich bedanke mich herzlich bei den Bergamtsleitern Martin Froben und Thomas Triller, allen ehemaligen und aktuellen Dezernenten sowie allen Mitarbeitern des Bergamtes für die erfolgreiche und kontinuierliche Arbeit in den 35 Jahren des Bestehens des Bergamtes Stralsund. Sie war stets Herausforderung und eine Spiegelung des Engagements aller Beschäftigten zur bergwirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Einen besonderen Dank möchte ich meiner lieben Ehefrau Karla aussprechen, weil sie über all die vielen Jahre mir den Rücken freihielt und die Familie schützte.

Dies ist nochmal ein Beitrag eines Bergmannes im 86. Lebensjahr.

Mit herzlichem Glückauf

Ulrich Knöfler

## **Kurzbiografie von Ulrich Knöfler:**

Am 17. Juni 1939 in Klein Schierstedt (heute Aschersleben) als Sohn einer Kalibergbaufamilie geboren. Studium Bergbaumaschinen an der Bergingenieurschule „Georgius Agricola“ Zwickau von 1960-1963. Dann als Entwicklungsingenieur in der geologischen Industrie tätig und ab 1966 bei der Bergbehörde Staßfurt angestellt. Hier zuständig in der Außenstelle Stralsund für die Beaufsichtigung der Erdöl- und Erdgaserkundung, für die Gewinnung von Kohlenwasserstoffen des VEB Erdöl und Erdgas Grimmen sowie der Steine- und Erdenindustrie im Bezirk Rostock.

1979-81 Externstudium „Tiefbohrtechnik und Erdgasförderung“ an der Bergakademie Freiberg.

Ab 1982 auch für die Offshoreerkundung der GO Petrobaltic zuständig.

1990 Entlassung aus der Bergbehörde Staßfurt und ab 1991 Einstellung beim neu gegründeten Bergamt Stralsund.  
Amtsleiter des Bergamtes Stralsund von 1991 bis 31.12.2002; ab 2003 im Ruhestand.  
Seit 1967 in Stralsund wohnhaft.



Erinnerungsfoto zum 75. Geburtstag von U. Knöfler mit T. Triller



Mit einem Thüringer Bergmann auf der Buga 2021 in Erfurt.



Das Team des Bergamtes Stralsund 1993 (von links) U. Klemm, B. Waschki, G. Schulz, W. Sorge, U. Knöfler, T. Schelling (Wirtschaftsministerium M-V), E. Schmidt, M. Maaß, E. Tippelt, V. Rüter, V. Struwe, T. Triller, H. Hinz, nicht auf dem Foto: G. Eggers, S. Zemke, O. Blietz



Auszeichnung der Heidelberger Kieswerke Neukloster GmbH mit dem Rekultivierungspreis M-V,  
von links die Herren Knöfler, Haase (Fa. Heidelberger), Dr. Kranz (Fachverband Kies, Sand, Splitt, Nordost), Schelling (Wirtschaftsministerium M-V)